

FDP
Die Liberalen

SCHWEIZER FREISINN



FDP International
FDP Frauen

2 | Kantone
6/7 | Mix

8 | Bürokratie
10 | Interview

12/13 | Delegiertenversammlung
16/17 | Unter Freisinnigen

18/19
23

32. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

**Danke, Hans-Rudolf Merz,
und herzlich willkommen,
Johann Schneider-Ammann**

Ende Oktober trat der beste Finanzminister Europas in den wohlverdienten Ruhestand. Sein Erfolgsausweis ist beeindruckend: in nur sieben Jahren hat er 20 Milliarden Schulden abgebaut. Noch in seiner letzten Arbeitswoche schloss er wichtige Abkommen im Steuerstreit mit Deutschland und Grossbritannien. Und schliesslich wird der Bund 2010 einen Gewinn von 1,4 Milliarden Franken erzielen.

Seit November ist der neue Bundesrat Johann Schneider-Ammann im Amt. Mit seiner Erfahrung als Nationalrat und international erfolgreicher Unternehmer ist er die Idealbesetzung für das EVD. Als begeisterte Orientierungsläufer wird er nicht ruhen, bis er die Schweiz zum Erfolg geführt hat.

Seiten 15 und 16

Kein EU-Beitritt

An der Versammlung in Herisau vom 16. Oktober sprachen sich die Delegierten deutlich gegen einen EU-Beitritt aus. Der richtige Weg für die Schweiz ist der bilaterale Weg. Die DV verabschiedete ein umfassendes Positionspapier zur Aussenpolitik. Lesen Sie mehr dazu auf

Seite 18

Klare Parolen für die Abstimmungen



Ja zum Gegenentwurf

Die Delegierten entschieden an ihrer Versammlung in Herisau deutlich gegen die Ausschaffungsinitiative und für den von der FDP initiierten Gegenentwurf. Schwere kriminelle Ausländer müssen ausgeschafft werden, da besteht für die FDP.Die Liberalen kein Zweifel. Jedoch ist die Initiative lückenhaft und unausgewogen.

Nein zu höheren Steuern für den Mittelstand

Die SP-Initiative soll laut den Initianten gerechtere Steuern bringen. Doch es ist eine Mogelpackung! Denn die Steuern werden nicht nur für Reiche steigen, sondern für den ganzen Mittelstand. Zudem zerstört die Initiative die Souveränität der Kantone und damit unseren Föderalismus.

Abstimmungen

Seiten 4, 11 und 20

FDP.Die Liberalen sagt am 28. November:

- JA zum Gegenentwurf
- Kreuz für den Gegenentwurf bei der Stichfrage
- NEIN zur Ausschaffungsinitiative
- NEIN zur SP-Steuerinitiative

Multikulti – Bedrohung oder Bereicherung?

Multikulti ist «absolut gescheitert» – diese Aussage der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel prangt am 16. Oktober als Titel im «Tages-Anzeiger». Nicht nur in Deutschland, auch bei uns in der Schweiz und in ganz Europa dominieren Ausländerthemen die politische Diskussion.

Helen Freiermuth, Jinan/China

Multikulti wird als Bedrohung der herkömmlichen Kultur empfunden. Die Probleme bei der Integration von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft trüben den rationalen Blick auf die Erkenntnis, dass wir zur Erhaltung unseres Wohlstandes auf den Beitrag der Ausländer angewiesen sind. «Was läuft da falsch?», frage ich mich als Mitglied dieser Partei, die sich zu einer offenen Schweiz bekennt.

Ein Vergleich mit Kanada

Zum Vergleich ziehe ich die Situation in Kanada heran, dem Land, wo ich drei Jahre gelebt habe. Kanada hat als erstes Land 1971 die multikulturelle Vielfalt zum Staatsprinzip gemacht, und dies mit dem Canadian Multiculturalism Act 1988 bekräftigt. Toronto ist denn auch die völkermässig bunte Stadt, die ich je gesehen habe. Menschen aus 140 Nationen, die 100 verschiedene Sprachen sprechen, leben hier, ohne dass es deswegen zu grösseren Spannungen kommt, wie der Bürgermeister betont. Kanada gewährt allen Einwanderern gleiche Rechte und Möglichkeiten, ungeachtet ihrer Rasse, Kultur, Volkszugehörigkeit und Religion, und fordert geradezu dazu auf, die eigene Identität zu bewahren und die angestammte Kultur weiter zu pflegen. Diese Akzeptanz führe zu einem Gefühl von Sicherheit und Selbstvertrauen, was die Bereitschaft stärke, sich den kanadischen Normen und Gesetzen unterzuordnen, aber auch wiederum anderen Kulturen mit Respekt zu begegnen.

So offen sich das Land gegenüber Einwanderern gibt, so restriktiv ist es allerdings auch im Immigrationsbereich. Antragsteller müssen mindestens 67 von 100 möglichen Punkten in den sechs unterschiedlich gewichteten Kriterien Ausbildung (25), Englisch- oder Französischkenntnisse (24), Ar-



Die Schweiz ist auf Einwanderer angewiesen – Qualität kommt aber vor Quantität, damit ein friedliches Zusammenleben möglich ist.

beitserfahrung (21), Alter (10), gesicherte Anstellung (10) und Anpassungsfähigkeit (10) erreichen und klar definierte finanzielle Mittel nachweisen, um sich bis zu einer Anstellung selber über die Runden zu bringen. Zusätzlich zu Facharbeitern wird auch Investoren und Unternehmern, die klare Anforderungen erfüllen, die Einwanderung gewährt. Wer dann mal da ist, gilt als wertvoller Stein im bunten Mosaik der multikulturellen Gesellschaft, mit gleichen Rechten und Pflichten, aber ohne Druck zur Assimilation.

Schweiz: attraktives Einwanderungsland

Nun ist Kanada natürlich in zwei Punkten grundverschieden von den mitteleuropäischen Ländern. Erstens macht die geografisch isolierte Lage die Kontrolle der Einwanderung relativ einfach. Zweitens, und viel entscheidender ist, dass es kaum eine Leitkultur gibt, an die es sich anzugleichen gilt, denn abgesehen von den ureingewachsenen Indianervölkern (mit

deren Status sich der Staat noch immer schwer tut) ist die Bevölkerung dieses klassischen Einwanderungslandes erst seit wenigen Generationen ansässig und ohnehin schon divers. Dennoch können wir vom kanadischen Ansatz lernen, denn ob es uns gefällt oder nicht, ist auch die Schweiz aufgrund der demografischen Entwicklung und der Internationalisierung der Märkte zu einem attraktiven Einwanderungsland geworden.

Qualität kommt vor Quantität

Wir können nicht jedem Einwanderungswilligen eine Heimat bieten. Unsere Wirtschaft braucht aber mehr ausgewiesene Fachkräfte, als wir ausbilden. Die Einwanderungspolitik muss sich also nach den beruflichen Qualifikationen richten. Hier sind klare Kriterien gefordert

Fördern und fordern

Wir offerieren Einwanderern Angebote, die ihnen unsere Kultur und Normen näherbringen, und fördern den Austausch zwischen den Kulturen zur

gegenseitigen Bereicherung. Im Gegenzug fordern wir aber klar, dass Ausländer diese Chancen auch nutzen und unsere Gesetze achten und befolgen.

Offenheit und Respekt

Offenheit, Respekt und eine Prise Toleranz erwarten wir von den Ausländern, ermöglichen es aber auch uns Einheimischen, die Zugewanderten als Bereicherung zu erleben und das Zusammenleben fruchtbar zu gestalten.

Hart aber fair

Wenn alles Fördern und Fordern nichts bringt und der Respekt vor unseren Gesetzen fehlt, werden Massnahmen nötig. Somit schliesst sich der Bogen zur bevorstehenden Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative, dem aktuellen Thema in der Ausländerdiskussion. Der Gegenvorschlag zur Initiative ermöglicht die konsequenten Schritte und verdient unsere Unterstützung.

Deshalb Ja zum Gegenentwurf und Nein zur Ausschaffungsinitiative am 28. November.

Erfolgreiches Geschäftsjahr für die *FDP.Die Liberalen Service Public*

Trotz einigen personellen Schwierigkeiten kann das Geschäftsjahr 2010 als sehr erfolgreich bezeichnet werden, wie der Jahresbericht des interimistischen Präsidenten zeigt.

Beat Schlatter, Präsident a. i.

Unser Jahr begann mit dem am 5. November beschlossenen Leitbild, wonach von nun an alle Aktivitäten ausgerichtet werden. Zudem beschloss die Versammlung einstimmig die Namensänderung hin zu *FDP.Die Liberalen Service Public*. Der Name wurde an die Mutterpartei angepasst und erhält somit ein moderneres Erscheinungsbild.

Intern hatte unsere Vereinigung den für alle sehr kurzfristigen und unerwarteten Rücktritt des Präsidenten zu verkraften. Aus beruflichen Gründen musste Marcel Paolino leider bereits im Februar 2010 von seinem Amt zurücktreten. Dies brachte für den Vorstand einige unvorhergesehene, organisatorische Klimmzüge mit sich. Als amtierender Vizepräsident sah ich mich plötzlich in der Situation, die operative Leitung dieser grossartigen Vereinigung zu führen. Glücklicherweise kann ich aber auf ein sehr motiviertes Vorstandsteam zählen. Nach intensiver Suche fand sich mit Hildegard Weber schliesslich auch ein Vereinsmitglied, das – interimistisch – Aufgaben übernahm, die ansonsten einer Vizepräsidentin zukommen würden. Trotz der geschilderten Umstände konnten aber alle Anlässe und Vorstandssitzungen termingerecht durchgeführt werden.

Als ich per 1. April 2010 als Parteipräsident der *FDP.Die Liberalen Stadt Thun* gewählt wurde und somit zusammen mit meinem Zusatzstudium vor einer nicht immer einfachen Dreifachbelastung stand, federte das Vorstandsteam, unterstützt durch Hildegard Weber, auch diese nicht immer einfache Situation problemlos ab. Allen Vorstandsmitgliedern sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihre grosse Arbeit gedankt.



Beat Schlatter

Stetiges Wachstum der Vereinigung

Unsere Aktivitäten im 2010 dienten hauptsächlich der Konsolidierung des über mehrere Jahre dauernden Aufbaus. Unsere Vereinigung konnte auch im vergangenen Jahr neun Neumitglieder verzeichnen. Das ist sehr erfreulich und zeigt uns, dass wir auf Kurs sind. Die Bekanntheit unserer Vereinigung in der Bundesverwaltung wächst stetig an. Wir können mit einem aktuellen Stand von 233 Mitgliedern aufwarten.

Unsere Veranstaltungen wurden rege besucht. Als erster Höhepunkt im Vereinsjahr ist sicherlich der Fraktionsapéro zu nennen, wo wir mit dem Chef der Armee André Blattmann einen sehr versierten Referenten begrüßen durften. Sein Referat war damals an Aktualität kaum zu überbieten.

Es folgte mit dem Besuch der Stadt Solothurn ein kultureller Anlass. Unter dem Patronat von Nationalrat Kurt Fluri erlebten wir auf dem «Öufi-Boot» eine Stadtführung, für einmal aus einem ganz anderen Blickwinkel.

Auch am diesjährigen Fraktionsausflug der *FDP.Die Liberalen Schweiz* vom 9. Juni nahm eine grosse Anzahl Mitglieder der FDP Service Public teil. In einem sehr interessanten Gespräch brachte uns der CEO der Unique, Thomas E. Kern, den Betrieb am Flughafen Zürich-Kloten näher. Im Anschluss daran durften wir im Rahmen einer Besichtigung einen Blick auf den Flughafen werfen, wie man ihn nicht so schnell geboten bekommt.

Auf der anschliessenden Carfahrt mit Nachtessen am Rheinfluss und Rückreise nach Bern konnten intensiv die Kontakte zu den eidgenössischen Parlamentariern gepflegt werden.

Am 14. Juni durften wir mit Adelheid Bürgi-Schmelz, Direktorin am IWF, erneut eine hochkarätige Referentin empfangen. Dies nach einer eindrücklichen Besichtigung des Von-Wattenwyl-Hauses.

Unser traditioneller Boccia-Abend fand dieses Mal am 25. August statt. Erfreulich war, dass sich, obschon die Einladung etwas spät verschickt wurde, 16 Teilnehmer zum unterhaltsamen Spiel und gemeinsamen Nachtessen einfanden.

Am 8. September gab uns unser langjähriges Mitglied Marius Redli, Direktor des BIT, einen vertieften Einblick in dieses spannende und interessante Bundesamt.

Auch in diesem Jahr hatten wir wieder die Gelegenheit, Berichte über unser «Vereinsleben» im «Schweizer Freisinn» zu publizieren und so die FDP Service Public schweizweit bekannt zu machen.

Ein weiterer wichtiger Höhepunkt in diesem Vereinsjahr war schliesslich die Kandidatenevaluation im Zuge des Rücktrittes von Bundesrat Hans-Rudolf Merz.

Mit grosser Freude und auch etwas Genugtuung konnte die *FDP.Die Liberalen Service Public* ihre Kandidaten der Evaluationsgruppe mitteilen. In einer spannenden Vorstandssitzung evaluierten wir die aus unserer Sicht besten Kandidaten und nannten Karin Keller-Sutter und Johann Schneider-Ammann zeitgerecht der Evaluationsgruppe als die von uns vorgeschlagenen Kandidaten.

Ebenso konnten wir in diesem Jahr endlich unseren lange versprochenen Flyer fertigstellen und in Druck geben. Der Vorstand erhofft sich, dass die *FDP.Die Liberalen Service Public* vermehrt in der Bundesverwaltung wahrgenommen und bekannt gemacht wird.

In diesem Zusammenhang wurde auch die URL unserer Internetseite gewechselt. Neu finden sich alle Angaben unter www.fdp-servicepublic.ch.

Veranstaltungskalender

Dezember 2010

8. Fraktionssessen

März 2011

15. Fraktionsapéro FDP. Treffpunkt: Restaurant zum äusseren Stand (www.aeussererstand.ch). 18.30 Uhr: Vortrag von Jürg Bucher, Konzernleiter der Schweizerischen Post; anschliessend Apéro



Die SP-Initiative zerstört den gesunden Wettbewerb und erhöht die Steuern für den Mittelstand.

Fehlkonstruktion: SP-Initiative gefährdet den Föderalismus massiv!

Die SP will einmal mehr die «Abzockerkarte» spielen und gaukelt uns vor, dass ihre Initiative die kantonale Steuerhoheit weitgehend bewahre. Das ist natürlich Unsinn, was auch die Kantone erkannt haben.

Brenda Mäder,
Präsidentin der Jungfreisinnigen

Die Kantone stemmen sich dezidiert gegen die «Steuergerechtigkeits-Initiative». An der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde mit 22 Stimmen das nötige Quorum leicht erreicht, um eine Abstimmungsparole – natürlich ein Nein – ausgeben zu können.

Die Initiative möchte den Steuersatz für steuerbare Einkommen von mehr als 250 000 Franken auf ein Minimum von 22 Prozent fixieren. Die Initianten nehmen also eine bestimm-

te Gruppe ins Visier. Gleichzeitig wird die Steuerhoheit aller 26 Kantone massiv angegriffen. Künftig würde also Bundesbern bestimmen, was die Kantone im Steuerbereich zu tun haben. Das schränkt den gesunden Steuerwettbewerb ein und gefährdet damit einen Grundpfeiler des erfolgreichen schweizerischen Föderalismus. Zudem würde die Anziehungskraft der Schweiz auf vermögende Personen sowie auf Unternehmen geschwächt.

16 Kantone betroffen

Gemäss dem Eidgenössischen Finanzdepartement wären 16 Kantone von

der Initiative betroffen. Bei ihnen liegt die Grenzbesteuerung vollständig oder wenigstens in einigen Gemeinden unterhalb der 22-Prozent-Grenze. Eine solche Anpassung bringt natürlich Probleme mit sich. Das erklärt auch Christian Wanner, Präsident der Finanzdirektorenkonferenz. Er erklärte an der Medienkonferenz des Gegenkomitees, dass die Initiative verlangt, der Steuersatz der kantonalen und kommunalen Einkommenssteuern dürfe zusammen den Wert von 22 Prozent nicht unterschreiten. Dabei bleibt unklar, ob die Kantone ihre Besteuerung jener der Gemeinden anpassen müssen

– oder umgekehrt. Die Autonomie der Gemeinde oder des Kantons wird so oder so verletzt und der Steuerwettbewerb massiv eingeschränkt.

NEIN am 28. November

Auch wenn die SP auf einige wenige zielt, werden alle in Mitleidenschaft gezogen. Allein die Anpassung der Progressionskurve, die in vielen Kantonen ein Muss wäre, würde auch den Mittelstand zur Kasse bitten. Sehen wir also zu, dass die schlecht gemachte Mogelpackung der Genossen schnell auffliegt und es ein wuchtiges Nein am 28. November gibt!



Die FDP zieht Bürger und KMU aus dem Bürokratie-Sumpf.



Delegierte der FDP Frauen an ihrer DV vom 2. Oktober in Zürich.

Teilzeitstellen – ein Muss für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Lehrpersonen, die Teilzeit arbeiten, und Quereinsteiger gefährden laut der SVP die Qualität des Unterrichtes. Diese absurde Unterstellung entbehrt jeglicher Grundlage und ist realitätsfremd. Die heutige Arbeitswelt fordert vermehrt Teilzeitmodelle. Der Arbeitsmarkt ist flexibler und mobiler geworden. Dies trifft auch für Lehrpersonen zu.

Claudine Esseiva

Nötig ist eine gute Balance zwischen Vollzeit und Teilzeit wie auch zwischen Männern und Frauen. Die Schweiz braucht eine den heutigen Verhältnissen angepasste Bildungspolitik, die der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung Rechnung trägt.

Die FDP-Frauen setzen sich seit Jahren für HarmoS ein und plädieren für eine moderne Bildungspolitik. Es ist unabdingbar, dass die Kantone zusammenarbeiten, damit die Ausbildungsniveaus und der Lehrplan möglichst einheitlich gestaltet werden. Alle Kinder haben das Recht auf eine gute Ausbildung. Ein Umzug darf kein Ausbildungshindernis sein. Nur allzu oft ist ein Kantonswechsel für die schulpflichtigen Kinder ein grosses Problem. Die Kinder müssen sich in-



Die neue Präsidentin der FDP Frauen, Carmen Walker Späh (2. v.l.).

nert kürzester Zeit an ein neues Schulsystem und einen neuen Lehrplan gewöhnen und müssen daher oft ein

Schuljahr wiederholen. Die zunehmende Mobilität der schweizerischen Bevölkerung ist eine Tatsache, und das

heutige Schulsystem muss sich diesen neuen Gegebenheiten anpassen.

Für FDP-Frauen ist klar, dass gemischte Teams Erfolgbringend sind, in der Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und auch in der Schule. Die zunehmende Feminisierung des Lehrerberufs wird von uns kritisch beobachtet. Der Lehrerberuf soll für Männer und Frauen gleichermassen attraktiv sein. Unsere Kinder brauchen Lehrer und Lehrerinnen. Doch dieses Problem wird mit der Abschaffung von Teilzeitstellen bestimmt nicht gelöst. Mit der Glorifizierung der «guten alten Zeit» à la SVP werden die anstehenden Probleme der heutigen Gesellschaftspolitik nicht gelöst. Und seien wir ehrlich, so gut war diese Zeit auch nicht. Die Schweizer Kinder und ihre Familien brauchen eine moderne und erfolgreiche Bildungspolitik.

Fünf Fragen an: Carmen Walker Späh

Präsidentin FDP Frauen Schweiz, Kantonsrätin ZH, Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei, verheiratet, drei Söhne.

1. Was hat Sie dazu bewogen, sich politisch zu engagieren?

Politisch war ich schon immer, aber nicht parteipolitisch. Als frischgebackene Mutter wollte ich aber unsere Zukunft mitgestalten, weshalb ich mich für einen Parteieintritt entschlossen habe: Meine zentralen Themen waren deshalb von Anfang an auch Fragen der Gestaltung unserer Lebensräume (Verkehr, Städtebau, Sicherheit auf öffentlichem Grund usw.).



Carmen Walker Späh

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Ich schätze die hohe Lebensqualität und landschaftliche Vielfalt in der Schweiz. Stolz bin ich auf unsere vom Freiheitsdrang und Unabhängigkeit geprägte Geschichte. Unverzichtbar ist unsere demokratische und rechtsstaatliche Staatsordnung.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Die Wahl zur Präsidentin der FDP Frauen Schweiz.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Suche Dir eine erfahrene Gotte oder einen Götti in der Partei, welche(r) Deine politische Aufbauarbeit begleitet, vernetze Dich mit nahestehenden Organisationen, insbesondere auch mit der Frauenorganisation in der Partei, spezialisier Dich dabei auf einzelne Themen und werde so zur kompetenten Ansprechperson für die Medien und, ganz wichtig: Nimm in Kauf, auch einmal ungeliebt zu sein, denn Politisieren erfordert auch eine hohe Frustrationstoleranz.

5. Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?
Zu den Grizzlybären nach Alaska.

Carmen Walker Späh ist neue Präsidentin der FDP Frauen Schweiz

Carmen Walker Späh hat sich als gradlinige, engagierte und pragmatische Politikerin einen Namen gemacht und ist mit den Anliegen der FDP Frauen sehr verbunden. Die Herausforderungen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind der dreifachen Mutter bestens bekannt und als Rechtsanwältin weiss sie, was es heisst, für Chancengleichheit zu kämpfen.

Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP Frauen Schweiz

Ihr politisches Spektrum geht weit über die Frauenthemen hinaus, sie setzt sich stark gegen Jugendgewalt ein und ist aktiv in den Bereichen Umwelt und Verkehr. Für Carmen Walker Späh ist die liberale Frauenlobby eine wichtige und notwendige Ergänzung zur FDP. Die Liberalen.

Die Zürcher Kantonsrätin Walker Späh ist Mutter dreier Söhne und arbeitet in Zürich als selbstständige Rechtsanwältin. Als langjährige Präsidentin der FDP Frauen Stadt Zürich und ehemalige Verfassungsrätin kann sie auf eine lange und erfolgreiche politische Laufbahn zurückblicken. Sie freut sich, diese Erfahrungen bei den FDP Frauen Schweiz einzubringen. Gradlinig, bestimmt und beherzt setzt sie sich für ihre Überzeugungen ein.

Walker Späh freut sich, diese Herausforderung des FDP-Frauen-Präsidiums anzunehmen: «Die Schweiz braucht eine liberale Politik – auch

eine liberale Frauenpolitik. Nach über 30 Jahren Stimm- und Wahlrecht ist die Emanzipation zwar formell erbracht, die gesellschaftliche Realität hinkt jedoch immer noch hinterher. Als Familienfrau, Berufsfrau und Politikerin kenne ich diese Realität und will mit den FDP Frauen alles daran setzen, sie zu ändern.»

Die FDP Frauen sind eine wichtige und notwendige Ergänzung zur FDP. Für Walker Späh ist klar: «Die Förde-

rung von liberalen Frauen in der Politik ist ein Teil unserer Arbeit – ein wichtiges Ziel der FDP Frauen ist es deshalb, dafür zu sorgen, dass wieder eine FDP-Frau im Bundesrat Einsitz nimmt. Aber auch inhaltlich wollen die FDP Frauen ihre Positionen einbringen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt das Kerngeschäft der liberalen Frauen. Nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus volkswirtschaftlichen Gründen müssen wir gute

Rahmenbedingungen schaffen, denn: Die Schweizer Wirtschaft braucht Männer und Frauen zu gleichen Teilen, die bereit sind, im Arbeits- wie auch im Familienleben Verantwortung zu übernehmen. Aber auch Bereiche wie die Sicherheits-, Migrations- und Bildungspolitik sind für unsere Wählerschaft von grossem Interesse.»

Die FDP Frauen werden im Wahljahr mit eigenständigen liberalen Positionen überzeugen.

FDP
Die Liberalen
Frauen



Die liberale Frauenlobby – jetzt erst recht!

Gemäss unserem Selbstverständnis als liberale Frauenlobby engagieren wir uns für gemischte Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie für die bessere Vereinbarkeit von Kinderwunsch und Beruf.

www.fdp-frauen.ch

Gebietsreformen in der Schweiz: starke Regionen stärken!

**Christian Egeler, Grossrat BS, und
Petra Studer, Landrätin BL**

In der Schweiz hat sich aufgrund ihrer topografischen und sprachlich-kulturellen Vielschichtigkeit ein einmalig kleinräumiges System von Gemein- und Staatswesen entwickelt. Die 26 Kantone und über 2500 Gemeinden verfügen über ein grosses Mass an Autonomie und unterscheiden sich dementsprechend stark. Diese Strukturen stossen heute jedoch an ihre Grenzen, wenn es um die Umsetzung von national oder zumindest regional koordinierten Politikvorhaben geht.

Verstärkte Zusammenarbeit der Kantone

Stark von dieser Problematik betroffen ist die kantonal verzettelte Nordwestschweiz, welche als Grenzregion auch mit Deutschland und Frankreich aktiv zusammenarbeiten muss. Aus diesem Grund setzt sich die «Vereinigung für eine starke Region Basel/Nordwestschweiz» schon seit Jahren für eine verstärkte Zusammenarbeit der Kantone AG, BL, BS und SO in verschiedenen Politikbereichen ein. Langfristig gesehen gibt es aber nur eine vernünftige Lösung: Im Rahmen einer gesamtschweizerischen Gebietsreform sollte die Umbildung der heutigen 26 Kantone in 8 bis 10 Regionen mit vergleichbaren politischen Strukturen geprüft werden. Der Neuenburger FDP-Ständerat Raphaël Comte hat zu diesem Thema kürzlich bereits ein Postulat eingereicht.

Gebietsreform schwächt Föderalismus nicht

Der schweizerische Föderalismus droht langfristig zu einer Illusion zu verkommen, denn in immer mehr Politikfeldern muss der Bund – teilweise auch aufgrund internationaler Abkommen – Vorschriften erlassen, die im ganzen Land umzusetzen sind. Um zu verhindern, dass die Kantone zu Umsetzungsinstanzen und Verwaltungseinheiten degradiert werden, müssen



Die Schweiz ist ein komplexes Gebilde aus 26 Kantonen, 166 Bezirken und über 2500 Gemeinden.

sich die Kantone in ihren Kompetenzbereichen schweizweit oder zumindest regional koordinieren können. Aktuelle Beispiele sind die Schaffung von Gesundheitsregionen oder die Konzentration der Spitzenmedizin auf wenige Standorte. Durch eine Gebietsreform wird der Föderalismus nicht geschwächt: Mittels eines sinnvollen Zusammenschlusses von Kantonen zu kulturell nachvollziehbaren und wirtschaftlich einflussreichen Regionen können die vielen Vorteile des Föderalismus in der Schweiz nachhaltig gesichert und die Nachteile des Systems – insbesondere die hohen Kosten und die schwerfälligen Entscheidungsprozesse – gemindert werden. Nebst Kantonsfusionen sind auch weitere Modelle zu prüfen, welche eine institutionalisierte Zusammenarbeit nachhaltig fördern.

In der Nordwestschweiz ist diesbezüglich aktuell die Diskussion um die Höhe der Theatersubventionen im Gange: Obwohl ein beträchtlicher Teil

der Theaterbesucher aus dem Kanton Baselland stammt, trägt der Kanton im Vergleich zum Stadtkanton einen viel kleineren Anteil des Budgets; eine Erhöhung der Subventionen wird derzeit jedoch mittels eines Referendums bekämpft. Mit einer durchdachten Gebietsreform könnten auch solche Probleme weitgehend entschärft werden, indem die Kosten für Zentrumsleistungen breiter verteilt werden.

Keine Steuerharmonisierungen nötig

In diesem Zusammenhang kommen wir auch auf die anstehende Volksabstimmung über die SP-Steuerharmonisierungsinitiative zu sprechen. Hätten wir in der Schweiz anstelle von 26 Kantonen eine Formierung von 8 bis 10 Regionen, die sowohl kulturell als auch volkswirtschaftlich sinnvolle Einheiten bilden, könnte man solchen politischen Forderungen vielleicht den Nährboden entziehen. Denn in einem

System von wirtschaftlich homogenen Regionen und Gemeinden, die ihrerseits gestärkt an einem fairen, gesunden und effizienten Steuerwettbewerb teilnehmen können, gibt es nicht mehr so viel Angriffsfläche. Daher rufen wir Sie dazu auf, am 28. November die SP-Steuerharmonisierungsinitiative klar abzulehnen – dies vielleicht auch im Hinblick auf eine spätere Gebietsreform.

Die Autoren präsentieren einen Lösungsvorschlag für eine Problematik aus ihrer täglichen politischen Arbeit.

Petra Studer ist Landrätin BL, Leiterin Politik des Gewerbeverbands BS und Vorstandsmitglied von «Starke Region Basel/NWCH».

Christian Egeler ist Grossrat BS, Bauunternehmer und Vizepräsident von «Starke Region Basel/NWCH».

Zorn und Antipathie gegenüber den Krankenkassen: eine explosive Gefahr

Die Schweizer Bevölkerung ist mit unserem Gesundheitssystem zufrieden – dies ist seit Jahren das Fazit des Gesundheitsmonitorings des Institutes GfS. Jährlich fliessen mehr als 60 Milliarden Franken in den Gesundheitsmarkt: viel Geld! Jede Änderung Richtung «Optimierung» des Systems ist somit eine Drohung: Es könnte weniger Geld fliessen! Und wer will schon auf etwas verzichten?

Ignazio Cassis, Nationalrat TI

Demzufolge ist Innovation schwierig. Schon das KVG – die grösste Innovation der letzten 20 Jahren – wurde 1994 vom Volk mit 51,8 Prozent nur knapp angenommen. Wie jedes Gesetz war auch das KVG damals ein alles andere als perfekter Kompromiss. Die Finanzierung der Spitäler war wettbewerbsverzerrend, die Mengenausweitung im ambulanten Bereich vorprogrammiert. Aber eben, «die Politik ist die Kunst des Möglichen» – wie Otto von Bismarck zu sagen pflegte.

Weitere Prämienzunahmen nicht tragbar

Einige Reformen waren also dringend nötig. Im 2001 ging eine erste Reform durchs Parlament, eine zweite scheiterte in der Wintersession 2003. Der Bundesrat versuchte in der Folge, das ganze Paket in sieben Teilreformen zu teilen, um die Opposition zu spalten. Sieben Jahre später arbeitet das Parlament immer noch dran. Die letzte Reform ist der «integrierten Versorgung» gewidmet («managed care»). Andere Minireformen, wie die «dringlichen Massnahmen zur Eindämmung der Gesundheitskosten» sind inzwischen an der unheiligen Allianz gescheitert. Wichtige Reformen werden erst am 1. Januar 2012 in Kraft treten (neue Spitalfinanzierung), andere vielleicht auch später (integrierte Versorgung).

Inzwischen steigen die Prämien Jahr für Jahr. Und mit ihnen der Unmut der Bevölkerung, die in den letzten 8 Jahren horrenden Prämienzunahmen dulden musste. 40 Prozent der Haushalte sind nicht mehr in der Lage, selbstständig die Prämien zu zahlen, und werden mit Steuergeldern unter-



Die Gesundheitskosten steigen unaufhörlich und mit ihnen die Krankenkassenprämien.

stützt. Die Diagnose ist klar: Das Volk ist mit unserem System zufrieden, erträgt aber keine weitere Prämienzu-

nahmen, die höher als die Teuerung sind. Was kann getan werden?

Was kann getan werden?

Kurzfristig leider wenig: Die einzige Möglichkeit besteht darin, die Prämien mit Steuergeldern zu subventionieren, was aber die Gefahr von höheren Steuern mit sich bringt. Dies ändert zwar nichts an den Kosten, erleichtert aber die Prämienzahlung. Ein entsprechender Vorschlag kam im Mai 2009 ins Parlament, wo er aber scheiterte. Die vorgesehenen strukturellen

Änderungen werden leider erst ab 2014 prämienvirksam: Bis dann wird der finanzielle Druck stets wachsen

und mit ihm der generelle Unmut.

Das schafft im Volk einen Nährboden für radikale Kuren, von selbst ernannten Rettern der Nation vorgeschlagen. Zurzeit sind bereits drei Volksinitiativen in der Pipeline, eine davon will die Einheitskasse. Der grosse Ärger im Volk ist nicht unbegründet: Zu stark wurden die Versicherer mit der «Jagd nach guten Risiken» in Verbindung gebracht. Zu wenig profilierten sich die Krankenkassen als Vermittler guter Leistungen. Der verschärfte Risikoausgleich wird Anreize schaffen, damit die Kassen sich auf Krankheiten wie Diabetes spezialisieren. So entsteht ein Wettbewerb um gute Qualität und tiefe Kosten. Das ist das einzige Mittel gegen populistische und irreführende Initiativen. Die FDP lehnt die weitere Verstaatlichung des Gesundheitssystems ab. Entsprechend klar das Nein der Delegiertenversammlung im Februar 2010 zur Einheitskasse. Nötig ist aber ein ehrliches Engagement aller, damit der Zorn der Zeit nicht zu einer Explosion führt.

Das tut die FDP. Die Liberalen konkret gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen

Folgende Massnahmen sind in der Umsetzung, worüber auch an der DV vom Januar 2010 entschieden wurde.

■ Die FDP engagiert sich stark für die Managed Care-Vorlage, welche die Koordination zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen verbessern wird. Pro Jahr sind Einsparungen von 1 Milliarde Franken möglich. Dank der FDP ist der Risikoausgleich Teil von Managed Care: Er verhindert die kurz-sichtige «Jagd nach guten Risiken». Die Managed-Care-Vorlage kommt in

der Wintersession in den Ständerat.

■ Die FDP kämpft für den Wettbewerb und engagierte sich darum für die neue Spitalfinanzierung, welche 2012 in Kraft treten wird. Jetzt muss aber ein Finanzierungssystem aus einer einzigen Quelle («Monismus») eingeführt werden.

■ E-Health: Neue Gesundheitsinstrumente bergen grosses Sparpotenzial.

■ Da vorbeugen besser als heilen ist, engagiert sich die FDP für das neue Präventionsgesetz, damit die Steue-

rung, die Koordination und die Effizienz der verschiedenen Präventionsmassnahmen verbessert werden. Auch dieses befindet sich in der Umsetzung.

■ Und schliesslich müssen die Versicherer besser überwacht werden können, um der Reserveproblematik effektiv zu begegnen: die laufende Änderung der Verordnung geht in die richtige Richtung.

Sie finden auf www.fdp.ch weitere Informationen wie das Positionspapier und Medienmitteilungen.

Entspannung während der Parlamentssession

Was machen eigentlich unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wenn sie sich gerade nicht in den Sessionen für das Wohl der Schweiz einsetzen? Wir haben nachgefragt.



Nationalrätin Marianne Kleiner, AR

«Ich entspanne mich in Gesprächen mit den vielen interessanten Kolleginnen und Kollegen, dann marschiere ich gerne durch die Stadt oder der Aare entlang. Oft nutze ich auch die vielen grossartigen Ausstellungen im Kunst- oder Historischen Museum. Nicht zuletzt geht mein Hotelzimmer mit kleinem Balkon auf die Aare, was ebenfalls wundervoll ist. In Bern lässt es sich wirklich sehr gut leben und arbeiten!»



Nationalrat Kurt Fluri, SO

«Über Mittag entspanne ich mich wenn möglich mit Zeitungslektüre in einem ruhigen Café. Abends muss und will ich mich mit meinen Aufgaben als Stadtpräsident im Büro in Solothurn befassen, was natürlich nicht primär entspannend ist, mich aber wegen der Vielseitigkeit und meiner Freude an der Politik nach wie vor voll motiviert.»



Ständerat Hans Altherr, AR

«Die Sessionen empfinde ich nicht als besonders anstrengend, sondern vor allem als hektisch. Den Ausgleich suche ich deshalb in der Ruhe meiner Bleibe in der Berner Altstadt, im Hören klassischer Musik und in Spaziergängen. Eine Abwechslung bieten auch die vielen Aufgaben geschäftlicher und persönlicher Natur, die auch während der Sessionswochen erledigt werden wollen. Last but not least sind die entspannenden Stunden zu erwähnen, die ich mit Kollegen bei einem guten Glas Wein oder einem Essen verbringe.»



Nationalrätin Corina Eichenberger, AG

«In den Mittagspausen und auch am Abend versuche ich, den Kopf «an der frischen Luft zu leeren», um wieder frisch, kreativ und aufnahmefähig zu sein. Ich laufe gerne der Aare entlang und geniesse das ruhige Fliesen des Wassers. Am Abend lese ich immer in einem Buch, in dem es nicht um Politik geht. Am liebsten lasse ich mich von einem Roman fesseln, in dem es heiter und lustig zu und her geht und der mich in eine ganz andere Welt eintauchen lässt.»



Ständerätin Egerszegi, AG

«Ich entspanne mich am besten bei einem gemütlichen Nachtessen mit Kolleginnen und Kollegen.»



Nationalrat Otto Ineichen, LU

«Ich versuche, möglichst viel Sport zu treiben. Darum habe ich ein Hotel (Bellevue) ausgesucht, das einen Fitnessraum hat, der auch abends noch geöffnet ist. Ansonsten finde ich es auch sehr entspannend, mich mit meinen Kollegen zu treffen und einfach nur zu jassen und zu plaudern.»



Ständerat Hans Hess, OW

«Für die Entspannung im wörtlichen Sinn bleibt mir nicht viel Zeit – ich arbeite zwischen den Debatten und Sitzungstagen für mein Büro. Dies erfüllt mich jedoch mit Zufriedenheit und ist deshalb auch eine Form von Abwechslung und Entspannung.»



Ständerätin Helen Leumann, LU

«Ich entspanne mich, indem ich gerne lese, regelmässig in Konzerte gehe und eine alte Frau betreue. Im Weiteren habe ich ein drei Monate altes Enkelkind, das ich gerne hüte, wenn unsere Tochter mit ihren Freundinnen ausgeht.»

Nein zu höheren Steuern für den Mittelstand – Nein zur SP-Steuerinitiative

Ruedi Noser, Nationalrat ZH

In den Augen der SP schafft der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen vor allem Ungerechtigkeiten. Unter dem Motto «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb» soll die Steuerautonomie der Kantone deshalb massiv eingeschränkt werden. Dabei hat man es insbesondere auf die gutverdienenden, von der SP allesamt als Abzocker bezeichneten Bürgerinnen und Bürger abgesehen. Wer ein Einkommen von über 250 000 Franken versteuert, soll davon mindestens 22 Prozent an den Staat abliefern müssen.

Die Steuerautonomie der Kantone wird in den Augen der SP damit nur bedingt eingeschränkt, da die Kantone selbstverständlich auch noch höhere Steuersätze veranschlagen können. Eine Anhebung der Steuersätze bei den obersten Einkommen würde jedoch auch bedeuten, dass im Sinne der Steuerprogression die unteren Sätze ebenfalls angehoben werden müssten. Davon würden die tiefen Einkommen kaum etwas spüren, dafür aber umso mehr der sonst schon steuerlich stark belastete Mittelstand. Denn die Pro-

gression nimmt gegen oben zu und nicht gegen unten.

Fazit: Die Steuergerechtigkeitsinitiative würde zu höheren Steuern für den Mittelstand führen und die Steuerautonomie der Kantone massiv einschränken. Damit wird also die Freiheit der kantonalen Stimmbevölkerung, selbst über die Höhe ihrer Steuern zu bestimmen, sehr stark eingeschränkt. Die Folgen wären verheerend: eine sinkende Steuer-moral aufgrund einer ungerechtfertigt hohen Steuerbelastung; die Abwanderung von vermögenden Schweizern in steuergünstigere Länder und damit grössere Steuerausfälle; das Ende der Schweiz als günstiger Steuerstandort für Privatpersonen wie Unternehmen und damit der Verlust von Arbeitsplätzen; ein sinkendes Wirtschaftswachstum sowie letztlich weniger Wohlstand.

Deshalb ist am 28. November ein klares NEIN zur ungerechten Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz in die Urne zu legen!



Indirekter Gegenentwurf zur Abzocker-Initiative

Pankraz Freitag, Ständerat GL

Die Initianten der Volksinitiative «gegen die Abzockerei» wollen als überhöht empfundene Vergütungen des obersten Managements von börsenkotierten Aktiengesellschaften verbieten. Dieses Ziel soll durch 24 in der Bundesverfassung detailliert ausformulierte Massnahmen erreicht werden. Bundesrat und Ständerat wollten der Initiative einen indirekten Gegenentwurf auf Gesetzesstufe entgegensetzen, der Nationalrat entschied sich aber für einen direkten Gegenentwurf auf Verfassungsebene. Daraufhin kehr-

te der Ständerat auf den Weg eines indirekten Gegenentwurfes zurück, verbunden mit einer Fristverlängerung für die Abzocker-Initiative. Die Rechtskommission des Ständerats hat die entsprechenden Gesetzesbestimmungen weitgehend erarbeitet. Sie liegen inhaltlich nahe beim direkten Gegenentwurf des Nationalrates und damit auch recht nahe beim Inhalt der Abzocker-Initiative.

Die Idee des indirekten Gegenentwurfes ist, dass detaillierte Bestimmungen des Aktienrechtes nicht in die Verfassung gehören. Wir betreten mit gesetzlichen Lohnregulierungen weit-

gehend Neuland. Sollten sich gewisse Bestimmungen der Verfassung nicht bewähren, brauchte es eine Volksabstimmung, damit sie angepasst werden könnten. Dies wäre der falsche Weg.

Inhaltlich hat sich die FDP. Die Liberalen wiederholt und dezidiert gegen Exzesse bei Boni ausgesprochen, doch staatliche Eingriffe können das Problem nicht beheben. Führt die Schweiz ein zu einschränkendes Aktienrecht ein, sinkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Allerdings mussten wir liberalere Positionen aufgeben, weil bei einigen Kaderleuten leider kaum Einsicht und Mässigung

eingetreten sind. Deshalb sind striktere Regulierungen als ursprünglich vorgesehen nötig. Ziel des indirekten Gegenentwurfes ist der Rückzug der Abzocker-Initiative. Falls das nicht gelingt, kann mit dem Gegenentwurf auf Gesetzesstufe gegen die Initiative angetreten werden. Aktuell wird noch die Frage behandelt, ob Vergütungen über 3 Mio. Franken pro Jahr als Gewinnanteile betrachtet werden sollen.

Ständig informiert auf
www.fdp.ch

Ergreifen Sie die Initiative!

Fulvio Pelli,
Präsident *FDP.Die Liberalen*

Mit der Veröffentlichung der Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» ist der Startschuss zur Unterschriftensammlung gefallen. Nun sind wir gefordert. Im Verlauf des nächsten Jahres müssen wir alle gemeinsam unser Engagement in die Sammlung der erforderlichen 100 000 Unterschriften stecken, um mit der Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» die Regulierungswut zu stoppen.

Dank der Volksinitiative bekommt der Bürger nun endlich das Zepter selbst in die Hand und kann mit seiner Unterschrift sein Recht auf einen effizienten Staat durchsetzen. Bestellen

«Die Fesseln der
gequälten Menschheit
sind aus Kanzleipapier.»

Franz Kafka

Sie bei Ihrem kantonalen Sekretariat Unterschriftenbogen, oder laden Sie die Bogen von der Homepage www.buerokratie-stopp.ch runter und drucken Sie diese selbst aus. Nutzen Sie Besuche bei Nachbarn, Verwandten und Freunden zur Sammlung derer Unterschriften. Legen Sie die Bogen in Ihrem Geschäft auf, so können Kunden wie auch Mitarbeiter unterschreiben. Die Möglichkeiten, Unterschriften zu sammeln, sind unerschöpflich, und jede Unterschrift bringt uns dem Ziel näher.

Im Namen der ganzen Partei möchte ich Sie bitten, im wortwörtlichen Sinne die Initiative zu ergreifen. Nur gemeinsam können wir diesen Bürokratie-Wahnsinn stoppen.

Ich bedanke mich bereits im Voraus für Ihr unermüdliches Engagement für einen schlanken und effizienten Staat und hoffe, mich persönlich an der einen oder anderen Sammelaktion bei Ihnen bedanken zu können.



Idee der FDP VD für die Unterschriftensammlung: Ein schmelzender Eisblock am Bahnhof Lausanne – «Lassen wir die Bürokratie schmelzen».

Die Schweiz ist nicht Griechenland – noch nicht

Peter Malama, Nationalrat BS

Die Aufblähung des Staates und die Regulierungswut sind keine Krankheiten, die nur in der Schweiz bestehen. Prominentestes Beispiel ist das derzeit viel diskutierte Griechenland. In den letzten Jahrzehnten hat Griechenland den Staat immer mehr ausgebaut, so dass es mittlerweile absurde Ausmasse

ein Käufer finden lässt. Griechenland ist in eine Sackgasse gefahren, und der Rückwärtsgang klemmt gewaltig. Die Folgen sind nicht zuletzt auch für den griechischen Bürger drastisch. Noch viele Löhne werden den Beamten nicht ausbezahlt, viele Enttäuschungen müssen hingenommen werden, viele Einschränkungen werden Griechinnen und Griechen über sich erge-

gung gestellt werden. Zu schnelle Veränderungen und Wandel sind für sie kaum umsetzbar. Es entstehen Ineffizienz, komplizierte Verfahren, schlechter Informationstransfer und Fehlanreize. Die Folge: Innerhalb von 13 Jahren hat sich die benötigte Zeit für administrative Arbeiten verdoppelt. Pro Sekunde entstehen administrative Kosten von über 1500 Franken.

Noch kann in der Schweiz nicht von griechischen Verhältnissen gesprochen werden. Doch präventive Massnahmen sind nötiger denn je, denn die Tendenz zur Überregulierung kann bereits beobachtet werden. Die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» impft die Schweiz gegen die Regulierungswut und bewahrt uns längerfristig von einem ineffizienten, teuren und aufgeblähten Staat. Sie stellt ein wirksames Instrument gegen Bürokratie dar und gibt dem Bürger die Möglichkeit, selbst gegen Ineffizienz im öffentlichen Sektor vorzugehen. Unterstützen Sie die Initiative und leisten Sie einen Beitrag für einen effizienten und schlanken Staat.

«Unsere Aktion mit dem schmelzenden Eisblock hatte grossen Erfolg! Danke an Fulvio Pelli, dass er gekommen ist!»

Nicolas Tripet, Lausanne

angenommen hat. Für den Verkauf einer Insel zum Abbau der Staatsschulden beziehungsweise zur Verhinderung des Staatsbankrotts werden unglaubliche 2500 verschiedene Bewilligungen, Lizenzen und Formulare benötigt. Alleine der Aufwand zur Beantragung, Prüfung und Kontrolle verschlingt wieder einen beträchtlichen Teil des aus dem Verkauf erzielten Geldes, abgesehen davon, dass sich unter solchen Umständen wohl kaum

hen lassen müssen, bis sie wieder einen vernünftigen Staat haben.

Der Staat wurde in den letzten Jahrzehnten auch in der Schweiz immer grösser. Immer mehr Handlungsfelder, immer komplexere Themen und immer schnelleres Vorangehen der Gesellschaft führten zu einer immer schnelleren nicht mehr koordinierten Gesetzgebung. Die Verwaltung handelt schliesslich nur noch in den Rahmenbedingungen, welche von der Politik zur Verfü-

Was können Sie tun?
1. Initiative unterschreiben
2. Unterschriftenbogen bestellen
3. Bekannte überzeugen
Ihr Einsatz macht den Unterschied!

In dieser Zeitung finden Sie einen Unterschriftenbogen, damit auch Sie einen Beitrag gegen die Bürokratie leisten können. Zudem finden Sie auch einen Einzahlungsschein (es kann vorkommen, dass Sie zwei Einzahlungsscheine erhalten, leider lässt es sich aus technischen Gründen nicht vermeiden).

Alle weiteren Informationen finden Sie auf der Seite www.buerokratie-stopp.ch. Die Schweiz, die KMU, die bürokratiegeplagten Bürger sowie die *FDP.Die Liberalen* danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

FDP

Die Liberalen

- **Weniger Vorschriften!**
- **Schnelle Verfahren!**
- **Regulierungsflut stoppen!**

Unterschreiben Sie die Volksinitiative

«BÜROKRATIE-STOPP!»



Personenfreizügigkeit: Die richtige Einwanderungspolitik

Philipp Müller, Nationalrat AG

Seit der steigenden Arbeitslosigkeit steht die Personenfreizügigkeit mehr oder weniger unter Dauerbeschuss, obwohl diese damit nur sehr beschränkt etwas zu tun hat. Ursache ist primär die weltweite Wirtschaftskrise, der sich auch die Schweiz nicht gänzlich entziehen kann. Die Personenfreizügigkeit zeigt uns jedoch gnadenlos die Fehler der Einwanderungspolitik der letzten 30 Jahre auf. Sie stand einseitig im Dienste der Wirtschaft. Inte-

grations- und gesellschaftspolitische Aspekte wurden völlig vernachlässigt.

Mit dem neuen Ausländergesetz und der Personenfreizügigkeit haben wir einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik eingeleitet. Wir haben heute eine Einwanderung vor allem aus Gebieten, die uns kulturell viel näher stehen und demzufolge auch integrationspolitisch viel leichter zu verkraften ist. Die Auswirkungen zeigen sich nun rasch und deutlich. So werden beispielsweise Arbeitskräfte aus dem ehemaligen Jugoslawien

durch gut Qualifizierte aus der EU verdrängt.

Wer nun die Personenfreizügigkeit attackiert, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er wieder zurück zur früheren Einwanderungspolitik will, die uns die heutigen Integrationsprobleme beschert hat. Das Wachstum der in der Schweiz lebenden Bevölkerung ist sehr hoch, es überfordert unsere Infrastrukturen und belastet die Umwelt.

Im Jahr 2009 hat die Gesamtbevölkerung in der Schweiz um über 80 000

Personen zugenommen. Ist dieses Wachstum aber nun wirklich im Bereich der Freizügigkeit entstanden? Die Wanderungsbilanz bei den Menschen aus EU- und EFTA-Staaten ist von 2008 auf 2009 um 34 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber hat sich die Wanderungsbilanz bei Drittstaaten im gleichen Zeitraum lediglich um 9 Prozent verringert. Hier muss also der Hebel angesetzt werden, ganz im Sinne des neuen Ausländergesetzes, welches seit Anfang 2008 in Kraft ist.

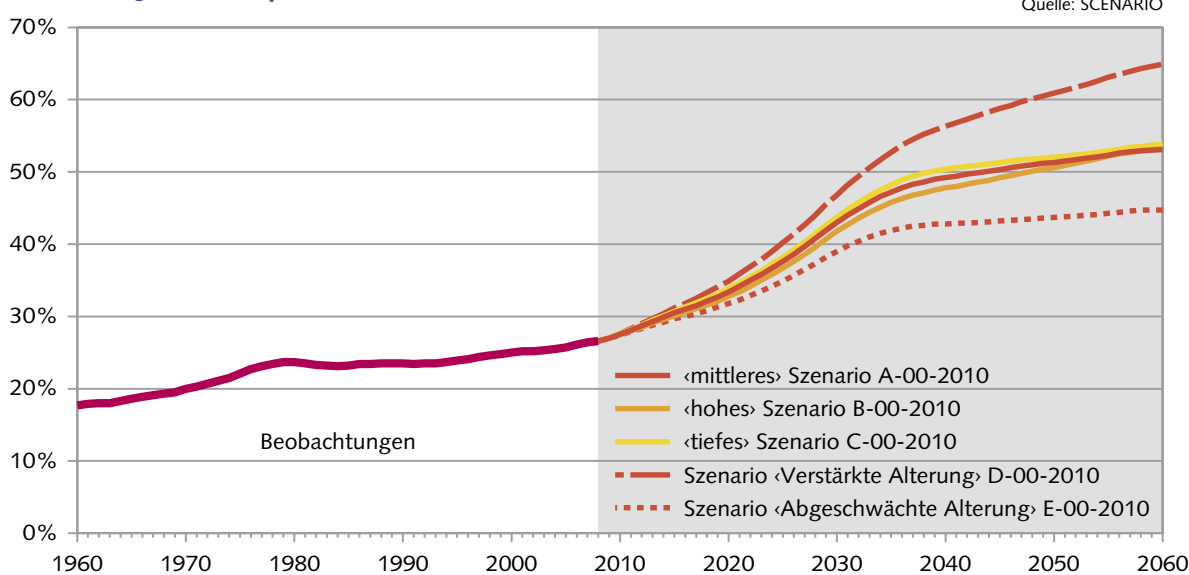
AHV: Die Jungen nicht vergessen!

Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE

Der wichtigste ungeschriebene Vertrag ist der Generationenvertrag. Er existiert nur ideell und beruft sich auf die Solidarität zwischen den Generationen. Er wird insbesondere bei Revisionen von Sozialwerken wie der AHV sehr wichtig. Was auf dem ideellen Papier sehr gut klingt, wird auf dem politischen Parkett oftmals nicht umgesetzt.

Heute befindet sich unser Land an einem Scheideweg bei den Sozialversicherungen. Die IV muss mit einer Mehrwertsteuer-Spritze saniert werden, und gleichzeitig wird der AHV-Fonds von diesem Fass ohne Boden abgekoppelt. Zusätzlich sollen in der 6. IV-Revision die Ausgabenseite massiv heruntergeschraubt werden. Der Mindestumwandlungssatz wurde im BVG leider nicht gesenkt, sondern unverändert belassen. In der jüngst ange-

Entwicklung des Altersquotienten



Der Altersquotient ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen den über 64-Jährigen und den 20- bis 64-Jährigen.

nommenen ALV-Revision wurden bei den leistungsseitigen Massnahmen überwiegend die Jungen belangt. Schliesslich erlitt die 11. AHV-Revision politischen Schiffbruch, und das Spiel beginnt von vorne.

Das sind in aller Kürze die «Reformen» bei den Sozialversicherungen. Doch wo widerspiegelt sich darin die zentrale Frage nach der Generationengerechtigkeit und der Halbierung des Altersquotienten? Von heute 4 rechnen

die Experten im Jahr 2050 mit nur noch 2 Erwerbstätigen, die eine pensionierte Person finanzieren. **Falls ich im Alter von 69 Jahren also noch arbeite, müssten ein Arbeitskollege und ich gemeinsam einen Rentner finanzieren.**

Bis dahin ist ein Ausbau der Sozialwerke, ein Anstieg der Steuern, der Krankenkassenprämien und des Strompreises zu erwarten. Da sich diese Verteuerungen massiv auf die

Kaufkraft auswirken werden, muss ich heute davor warnen, die demografische Entwicklung bei den Reformen ausser Acht zu lassen. Ein Generationenfaktor, wo neben der wirtschaftlichen Komponente auch die Demografie Einzug erhält, muss in künftigen Reformen, insbesondere bei der AHV, zwingend eingeführt werden. Die junge Generation ist dringend zu entlasten, sonst droht ihr der finanzielle Kollaps.

Christian Wasserfallen (1981), Berner Nationalrat, jüngstes Fraktionsmitglied der FDP. Die Liberalen, Dipl. Masch.-Ing. FH, arbeitet an der Berner Fachhochschule mit der Wirtschaft zusammen. www.cewe.ch

«Gewählt ist ... Johann Schneider-Ammann!»

Das Parlament hat gesprochen und ein Zeichen gesetzt: Mit der Wahl des langjährigen Nationalrats und erfolgreichen Unternehmers zum Nachfolger von Bundesrat Hans-Rudolf Merz weht ein frischer Wind in der Regierung. Schneider-Ammann wird wertvolle Erfahrung aus dem internationalen Wirtschaftsleben einbringen und ist damit die Idealbesetzung für das Volkswirtschaftsdepartement. Unserer Regierungsrätin Karin Keller-Sutter danken wir für ihre beeindruckende Kandidatur.

Fulvio Pelli,
Präsident der *FDP.Die Liberalen*

Herzliche Gratulation, Johann Schneider-Ammann! Trotz Angriffen von rechts und links setzte die Vereinigte Bundesversammlung ein Zeichen für Konkordanz und Stabilität. Sie anerkannte unseren mit 17,7 Prozent Wähleranteil klaren Anspruch auf zwei Bundesratssitze. Diese Wahl ist nicht nur ein Erfolg für unseren neuen Magistraten und für die FDP, sondern für die ganze Schweiz. Denn in seiner politischen und unternehmerischen Karriere sowie in den leitenden Gremien von Swissmem und Economiesuisse hat er seine Führungsverantwortung unter Beweis gestellt und sich für den Wirtschaftsstandort Schweiz eingesetzt. Diesem Engagement wird er zweifellos auch in Zukunft treu bleiben.

Idealbesetzung für das EVD

Mit seinen Qualitäten und Erfahrungen ist er die Idealbesetzung für das Schlüsseldepartement EVD. Er wird optimale Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze schaffen, Schweizer Unternehmen den Zugang zu neuen Märkten ermöglichen sowie die erfolgreichen bilateralen Verträge weiterentwickeln können. Johann Schneider-Ammann ist kein Mann der leeren Worte, sondern der Tat: So kämpfte er in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Tausende Arbeitsplätze seiner Firma. In den aufstrebenden Ländern, etwa im asiatischen Raum, kennt er sich dank den Tätigkeiten seiner Ammann-Group bestens aus. Solche Bundesräte sind für ein kleines, aber offenes und erfolgreiches Land wie die Schweiz von zentraler Bedeutung.



Bundesrat Johann Schneider-Ammann steht für seine neue Herausforderung bereit.

Liberaler Milizpolitiker

In den elf Jahren als Berner Nationalrat konnte er sich profunde Kenntnisse der Dossiers und Abläufe aneignen und wird dafür über die Parteigrenzen hinweg geschätzt.

In seiner Arbeit und in seinem politischen Wirken vertritt Johann Schneider-Ammann zutiefst liberale Werte – das ist heute mehr denn je nötig. Die Übernahme dieses Amtes durch einen

erfolgreichen Unternehmer ist ein starkes und nötiges Bekenntnis zum Milizsystem. Für seine künftigen Aufgaben wünscht die FDP ihrem neuen Bundesrat viel Kraft und Durchsetzungsvermögen. Ich bin sicher, dass der begeisterte Orientierungsläufer den Erfolgsweg der Schweiz weitergehen und auch schwierige Momente in seinem Amt mühelos bewältigen wird.

Starke Kandidatur von Karin Keller-Sutter

Wichtig ist mir, Regierungsrätin Karin Keller-Sutter im Namen der Partei herzlich für ihre charismatische und kompetente Kandidatur zu danken. Sie hat sich damit in der ganzen Schweiz grössten Respekt verschafft. Wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit und wünschen ihr weiterhin viel Erfolg in ihrem liberalen Engagement.

«Die Schweiz wird auch in 20 Jahren gut dastehen»

An der DV vom 16. Oktober in Herisau konnten die Delegierten ihren Bundesrat Hans-Rudolf Merz, den besten Finanzminister Europas, mit stehenden Ovationen verabschieden. Im Anschluss an den Anlass sprach Bundesrat Merz über Erfolge und Herausforderungen in seiner Amtszeit und die Zukunft der Schweiz.

Herr Bundesrat Merz, wie fühlen Sie sich in Ihren letzten Wochen als Bundesrat?

Zugegeben, es war ein schwieriger Entscheid, den ich im Sommer treffen musste. Aber immer, wenn ich einen Entscheid gefällt habe, fühle ich mich nachher erleichtert. Das ist auch mit meiner Demission so – nun freue ich mich, dass ich gehen kann.

Was werden Sie vermissen, wenn Sie nicht mehr Bundesrat sind?

Ich werde sehr viel vermissen, denn das Amt ist absolut faszinierend – vereinnahmend zwar, aber sehr vielseitig. Bei einigen Themen kann man den Takt vorgeben, sie vorantreiben. Aber es gibt auch viele unspektakuläre Aufgaben, die gelöst werden müssen, auch wenn sie nicht so sehr im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Als positiver Aspekt ist sicher auch die Menschenführung zu nennen. All diese Facetten machen das Amt aus. Das alles wird mir in bester Erinnerung bleiben, das werde ich vermissen.

Hingegen werde ich den Zeitdruck, ja die Zeitfesseln, nicht vermissen. Als Bundesrat ist man Sklave seines Terminkalenders, den man nur zum Teil selber beeinflussen kann. Man kann wohl priorisieren, aber es gibt viele Interessen, die oft parallel eingebunden werden müssen.

Stabilisierung der Bundesfinanzen als grösster Erfolg

Was sehen Sie als Ihren grössten Erfolg an?

Eindeutig die Stabilisierung der Bundesfinanzen. 2003 bin ich mit dem Versprechen angetreten, einen Beitrag zu gesunden Staatsfinanzen zu leisten. Zwischen 1990 und 2005 waren die Schulden von 38 auf 130 Milliarden



Bundesrat Merz nimmt den Hut – als bester Finanzminister Europas hat er es verdient.

angestiegen – das konnte so nicht weitergehen. Ich sagte damals, wenn ich Bundesrat werde, will ich beim Schuldenabbau meinen Beitrag leisten. Das ist mir auch gelungen. Wir haben in meiner Amtszeit 20 Milliarden Schulden abgebaut.

Dieser Schuldenabbau war möglich, obwohl wir mehrere Steuerreformen durchführten, die Steuerausfälle und Mindereinnahmen zur Folge haben. Um den Wohlstand zu bewahren, haben wir Steuerreformen in den Bereichen Familie, KMU und kalte Progression realisiert.

Was war die grösste Herausforderung in Ihrer Amtszeit?

Das war klar das Präsidialjahr. Die Schweizer Volkswirtschaft hing zu einem beträchtlichen Teil an der UBS.

In der Geschichte der Eidgenossenschaft gibt es kein vergleichbares Ereignis wie die Rettung dieser Grossbank. Vor allem die Dimension war beispiellos. Die Affäre konnte jedoch in zweierlei Hinsicht erfolgreich abgeschlossen werden: Erstens wurde die Beteiligung des Bundes mit 1,2 Milliarden Gewinn zu Gunsten der Bundeskasse beendet, und zweitens kann man heute sagen, dass die UBS über dem Berg ist.

Das zweite Ereignis war eigentlich weniger spektakulär, wurde jedoch medial hochgespielt: der Libyen-Konflikt. In erster Linie ging es darum, zwei Schweizer aus den Fängen des libyschen Regimes zu befreien und nach Hause zu holen. Es ging aber auch darum, unserer Exportwirtschaft zu signalisieren, dass der Staat da ist,

wenn Schweizerinnen und Schweizer im Ausland in Schwierigkeiten geraten. Das ist wichtig. Es ging mir darum, ein Zeichen zu setzen. Man weiss, dass das mit Libyen ausserordentlich schwierig ist. Aber wie damals sehe ich auch heute keinen anderen Weg, als den gordischen Knoten zu zerschlagen.

Bücher lesen und in die Oper gehen

In den Medien konnte man lesen, dass Sie vermehrt in die Oper und auf Reisen gehen werden. Ist Ihr Alltag schon wieder verplant?

Nein, so verplant bin ich natürlich nicht. Aber es stimmt schon, ich bin kaum einmal dazugekommen, ein Buch in einem Zug durchzulesen oder eine Opernaufführung zu besuchen. Meist kamen Termine dazwischen. Und zum Wandern bin ich dann gekommen, wenn ich einmal Zeit fand – und nicht, wenn das Wetter gut war. Jetzt möchte ich diese Dinge mehr ausleben. Ich möchte die Musse pflegen. Zur Musse gehört ja bekanntlich auch die Musik. In der Musik gibt es die «Fuge»: Eine Fuge beginnt mit einem Thema, nach einer Weile stösst ein zweites dazu, und die beiden ergänzen sich. Ich gehe nun davon aus, dass sich mein Leben wie eine Fuge abspielt und dass vielleicht eine zweite Melodie in mein Leben treten wird. Aber zurzeit ist eine solche noch nirgends zu sehen.

Wird Ihnen die Öffentlichkeit in keiner Art und Weise fehlen?

Nein, ich werde sie nicht vermissen. Sicher habe ich es geschätzt, von vielen Menschen kontaktiert oder angesprochen zu werden. Viele dieser Kontakte waren bereichernd und haben mir in meinem Amt weitergeholfen.

Aber wenn das Amt wegfällt, dann sollen auch diese Kontakte wegfallen. Da muss man cool bleiben und einsehen, dass die öffentliche Präsentation ein Teil der Arbeit ist. Es ist sogar eine Verpflichtung, haben wir doch den Auftrag, unsere Politik dem Volk zu kommunizieren. Und Kommunikation ist ja nicht, was ich sage, sondern das, was bei Ihnen ankommt, was Sie verstehen. Darum ist Öffentlichkeitsarbeit ein zwingender Bestandteil der Arbeit. Aber wenn die Politik wegfällt, muss dieser Teil auch wegfallen. Es gab auch Phasen, in denen die Kommunikation schwierig war. Meine Arbeit wurde teilweise bewertet, ohne die wahren Hintergründe zu beachten.

Der mediale Konkurrenzkampf beeinflusst die Politik

Wie hat sich die Politik in den 14 Jahren Ihres politischen Wirkens in Bern verändert?

Da möchte ich vor allem drei Aspekte nennen. Erstens ist es interessant zu sehen, dass in der Literatur bis zurück zu Gotthelf immer wieder gesagt wird, die Regierung werde kritisiert. Das Kritisieren scheint dem Schweizer Volk also in den Genen zu liegen. Die Regierung wird immer kritisiert. Das war in der Vergangenheit schon so, und daran hat sich nichts geändert.

Zweitens stelle ich fest, dass sich der Ton in der Politik verschärft hat. Das rührt unter anderem daher, dass mehr Parteien in die Regierung drängen. Früher haben sich die kleinen Minderheitsparteien mit der Rolle der Opposition zufrieden gegeben. Heute gehen sie weiter und wollen an der Regierung teilhaben, wollen im Bundesrat mitmachen. Dies erhöht natürlich die Ansprüche und verschärft die Politik.

«Die Stabilisierung der Bundesfinanzen ist klar mein grösster Erfolg.»

Was sich drittens ganz deutlich verändert hat, ist der mediale Konkurrenzkampf. Ein Beispiel: In meiner Zeit als Ständerat gab es nur eine einzige Sonntagszeitung, heute hingegen herrscht ein erbitterter Kampf um den Primeur und ein emsiges Buhlen um

die Leserschaft. Da dünkt es mich manchmal, dass in diesem ungeheuren Konkurrenzkampf fast jedes Mittel recht ist, um ans Ziel zu kommen. Das beeinflusst natürlich auch den Ton in der Politik.

Was sind die wichtigsten finanz- und steuerpolitischen Herausforderungen für die Schweiz in Zukunft?

Sicherlich geht es jetzt einmal darum, die erreichte Stabilisierung zu erhalten. Es gibt schon Stimmen, die eine Lockerung der Schuldenbremse fordern, um grosse Aufgaben beim Bund zu finanzieren. Hier müssen wir aufpassen und keinen Millimeter von der Haushaltsdisziplin abrücken.

Zweitens hat der internationale Druck auf unseren Fiskus in den letzten Jahren enorm zugenommen. Die grossen Länder versinken in den Schulden und haben einen entsprechend hohen Geldbedarf. Sie versuchen nun, sich über die OECD, über Doppelbesteuerungsabkommen, Codes of Conduct und Direktinflüsse zusätzliche Mittel zu beschaffen. Diese internationale Dimension wird sich zu einer grossen Herausforderung für die Schweiz entwickeln. Man hat es auf unseren Haushalt abgesehen. Man will, dass wir im Steuerbereich ähnliche Verhältnisse wie im Ausland schaffen, dass wir also unseren Föderalismus aufgeben. Unser Steuerföderalismus ist aber ein Erfolgsgeheimnis – kein anderes Land in ganz Europa hat ein vergleichbares System. Statt von unserem Erfolgsmodell zu lernen, wollen sie uns zwingen, es aufzugeben.

Zukünftige Herausforderungen

Wo steht die Schweiz in 20 Jahren?

Ich gebe der Schweiz eine gute Prognose. Denn ich sehe immer wieder,

dass die Schweizerinnen und Schweizer trotz teils intensiven Diskussionen am Schluss die vernünftige Wahl treffen. Sie kritisieren zwar viel und gerne, aber am Schluss – meist bei Abstimmungen – obsiegt die Vernunft.

Ich glaube, wir müssen beim Wohl-

Europas bester Finanzminister verlässt die Bühne

Lieber Hans-Ruedi Merz

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge verabschieden wir uns von unserem Finanzminister. Du hast Erstaunliches geleistet: Innerhalb von nur sieben Jahren konntest Du die Schulden um 20 Milliarden Franken abbauen! Dies in einer Zeit, in der andere Staaten bankrottgehen, Hunderttausende von Angestellten entlassen, den Euro destabilisieren.

Noch in Deiner letzten Arbeitswoche gelangen Dir zwei Durchbrüche. Der deutsche Finanzminister Schäuble bestätigte eine Einigung im seit Jahren andauernden Steuerstreit: die Abgeltungssteuer. Sie verhindert den drohenden automatischen Informationsaustausch und sichert die Privatsphäre und den Respekt des Bankgeheimnisses. Dir und der FDP ist es damit gelungen, eine pragmatische Lösung im Sinne der Schweiz zu finden. In der gleichen Woche erklärte sich auch Grossbritannien zu einem solchen Abkommen bereit.

Die Abgeltungssteuer ist ein zentrales Element der Weissgeldstrategie der *FDP.Die Liberalen* vom März 2010. Die Idee einer solchen Lösung wurde von der FDP lanciert und stets gegen alle Kritiker verteidigt.

Mit diesen letzten grossen Erfolgen hast Du bewiesen, dass Du die Lösung im Sinne der Schweiz auch gegen grosse Länder hartnäckig durchsetzen kann. Dafür gebührt Dir grosser Respekt. Wir lassen Dich mit einem weinenden Auge ziehen.

Ein lachendes Auge darum, weil wir uns mit Dir auf den neuen Lebensabschnitt freuen können, in dem Du «die Musse pflegen» willst. *FDP.Die Liberalen* dankt Dir, lieber Hans-Ruedi, für Deinen grenzenlosen Einsatz zum Wohl der Schweiz und wünscht Dir alles Gute.

Dein Fulvio Pelli

stand mit gewissen Einbussen rechnen. Als Exportnation sind wir stark unter Druck. Wir sehen das nur schon in der Währungspolitik, wenn wir beobachten, dass andere Länder ihre Währungen als Instrument zur Exportförderung einsetzen.

Unter dem Strich bin ich aber überzeugt, dass die Schweiz auch in 20 Jahren gut dastehen wird.

Welche Rolle soll die FDP.Die Liberalen spielen, was erwarten Sie von Ihrer Partei?

Wenn wir die über 200 Abstimmungen seit dem Zweiten Weltkrieg betrach-

ten, sehen wir eines ganz deutlich: In über 90 Prozent der Fälle hat das Volk so entschieden wie die FDP. Darum ist es meiner Meinung nach wichtig, dass die Partei ihre Linie beibehält. Unserem Land geht es aufgrund dieser Politik heute gut, also müssen wir so weitermachen und zu den Errungenschaften Sorge tragen. Wir müssen gegen sozialen, staatlichen, fiskalischen und gesellschaftlichen Zwang kämpfen und uns für Eigenverantwortung verbunden mit Solidarität einsetzen. Die FDP ist auf dem richtigen Weg. Sie muss ihn konsequent weitergehen.

Aussenpolitik – Interessenpolitik

Durch die weltweite Vernetzung betreffen grössere Ereignisse heute immer auch die Schweiz. Somit wird Aussenpolitik immer auch Interessenpolitik. Wir müssen offen sein, Verhandlungen führen und uns in internationalen Organisationen engagieren.

Peter Briner, Ständerat SH

Alles, was irgendwo auf der Welt passiert, hat auch Auswirkungen auf die Schweiz. Wirtschaftskrise, Währungsturbulenzen, Naturkatastrophen, Rohstoffverknappung, Flüchtlingsströme – um nur einige Beispiele zu nennen. Sie beeinflussen unser Land. Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Aussenpolitik wird damit immer mehr auch zur Innenpolitik.

Wo sind die Schwerpunkte zu setzen, um unsere Interessen zu vertreten? Dazu erkenne ich drei Dimensionen:

1. Die geografische Achse, sie bezieht sich auf unser europäisches Umfeld und die für uns traditionell wichtigen Länder USA und Japan und die neuen Schwergewichte im asiatischen Raum plus Brasilien und Südafrika.

2. Die thematische Achse, sie betrifft sektorielle Politikfelder wie zum Beispiel die Ressourcen- und Energiepolitik, Migration, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung.

3. Die institutionelle Achse, wo es um die multilaterale Zusammenarbeit geht. Stichworte UNO, WTO, Bretton Woods, OECD.

Globalisierung findet statt – mit uns oder ohne uns

Konzentrieren wir uns auf die Aussenwirtschaftspolitik. Mit ihr sichern wir den Wohlstand der Schweiz. Die Globalisierung findet statt – mit oder ohne uns.

Als kleines, rohstoffarmes Land sind wir auf offene Märkte angewiesen. Wir brauchen Freihandelsverträge, Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen. Deshalb setzen wir uns ein für einen erfolgreichen

Abschluss der Doha-Runde im Rahmen der WTO sowie flankierend und ergänzend für weitere Freihandelsabkommen mit den BRIC-Staaten, der Mercosur und den ASEAN-Ländern. Wir fordern die Wiederaufnahme von ernsthaften Verhandlungen mit den USA. Wir wollen einen diskriminierungsfreien Marktzugang für Güter, Dienstleistungen und Investitionen sowie Rechtssicherheit beim geistigen Eigentum. Weiter wollen wir den Abbau von Handelshemmnissen und den Ausbau der Beziehungen in den für Wirtschaft und Forschung so wichtigen Bereichen Technologie und Wissenschaft.

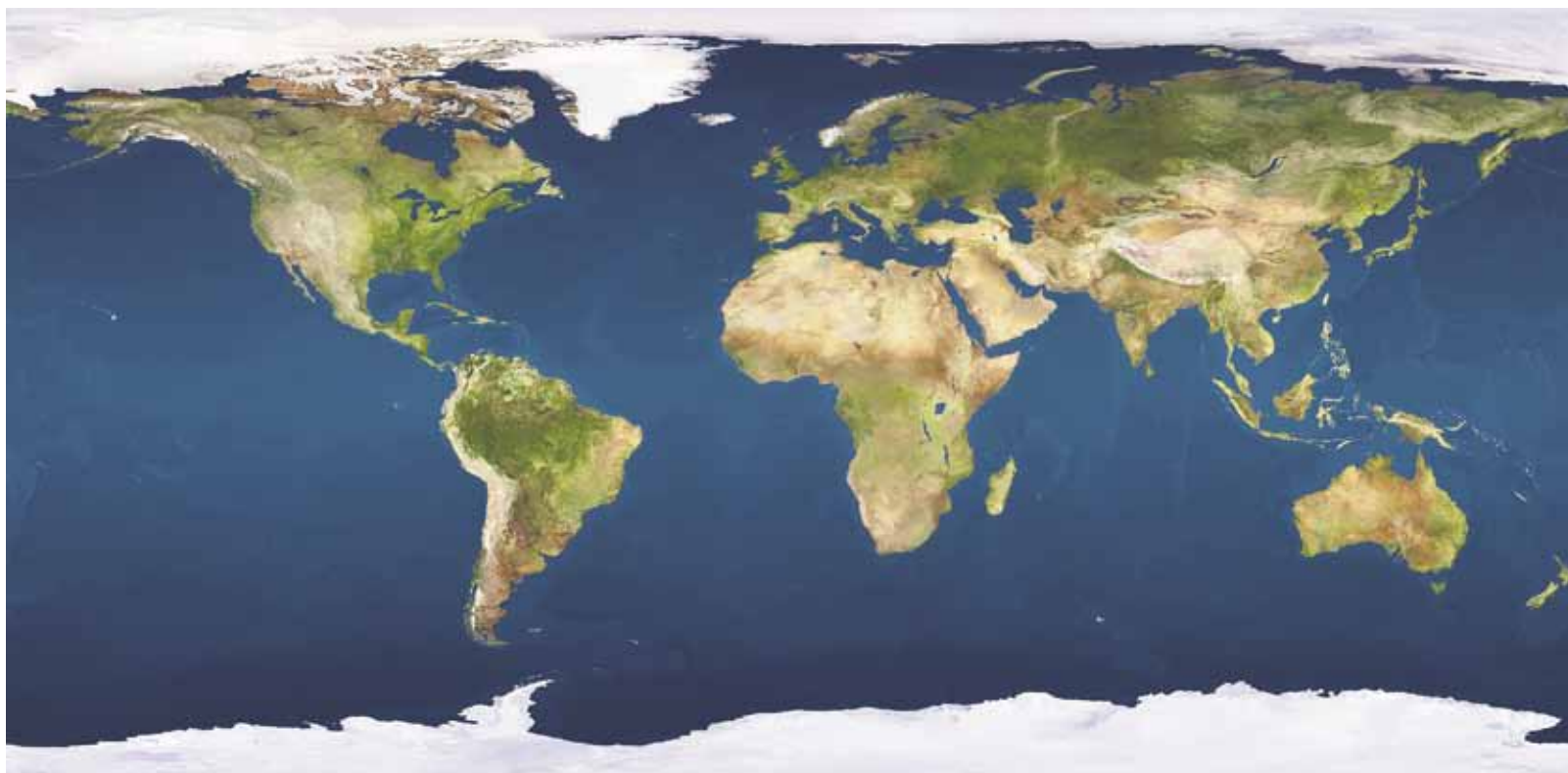
Einsatz in internationalen Organisationen

Länderübergreifende Herausforderungen sind nur im multilateralen Rahmen lösbar. Da sind es die UNO,

WTO, OECD und der Internationale Währungsfonds, wo die Musik spielt. Hier ist unser Einsatz wichtig. Bei der G-20 wollen wir deshalb dabei sein. Von unseren wirtschaftlichen Kennziffern her qualifiziert sich die Schweiz dazu.

Die Schweiz geniesst als Vermittlerin zwischen Staaten und bei Konflikten einen guten Ruf. Hier können wir der internationalen Gemeinschaft unsere Guten Dienste anbieten. Havanna, Teheran, Georgien sind unsere Referenzen. Sie zu nutzen, stärkt internationales Ansehen und Glaubwürdigkeit.

Dazu sind unsere diplomatischen und konsularischen Vertretungen in den für unsere Interessenwahrung wichtigen Schwerpunktländern zu verstärken. Wir haben nämlich hervorragende Diplomaten! Diese sind natürlich auch richtig einzusetzen.



Ereignisse auf der ganzen Welt haben Auswirkungen auf die Schweiz.

Für den Bilateralen Weg – gegen den EU-Beitritt

Die fast 300 Delegierten füllten lauter klare Entscheide an ihrer DV zur Aussenpolitik in Appenzell Ausserrhoden. Der Bilaterale Weg wird klar bestätigt – mit 91 Prozent wird der EU-Beitritt als strategisches Ziel gestrichen.

Damit setzte die FDP ein deutliches Zeichen für den jahrelang bewährten bilateralen Weg – dem Königsweg für die Schweiz. Die Delegierten stimmten mit 77 Prozent gegen die Option eines EWR- oder EU-Beitritts sowie eines Rahmenabkommens. Sogar 91 Prozent wollten das frühere strategische Ziel eines EU-Beitritts streichen. Die Delegierten bestätigten damit auch die Politik der FDP in den letzten Jahren für die Bilateralen und die Personenfreizügigkeit. Unsere Partei will weiterhin eine offene, selbstbewusste und erfolgreiche Schweiz.

Dafür brauchen wir die Stärkung und Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge. Ohne sie wäre die Schweiz nicht in einer so guten wirtschaftlichen und finanziellen Verfassung. Gleichzeitig muss das Netz von Freihandelsabkommen ausgebaut werden, damit wir Zugang zu den Märkten des 21. Jahrhunderts erhalten und so Arbeitsplätze schaffen können

Ein Auszug aus dem verabschiedeten Positionspapier

Forderung: Der bewährte bilaterale Weg ist die beste Lösung für die Schweiz, um die Beziehungen mit der EU gezielt zu pflegen und auszubauen. Die FDP setzt sich daher für eine Fortführung und gezielte Verstärkung des erfolgreichen bilateralen Weges ein. Weder eine Abschottung in einem «Alleingang», noch ein EU- oder EWR-Beitritt sind aktuelle Optionen. Damit ist aus Sicht der FDP das Beitrittsge-such an die Europäische Gemeinschaft von 1992 gegenstandslos.

Forderung: Die FDP fordert den Abschluss weiterer bilateralen Verträge insbesondere in den Bereichen Elektrizität, öffentliche Gesundheit, geschützte Ursprungsbezeichnungen, Satellitennavigation-System Galileo, Agrarfreihandel sowie Chemikalien-



Die Delegierten im Casino Herisau nehmen das Positionspapier deutlich an.

kontrolle (REACH).

Forderung: Die Schweiz setzt sich für einen möglichst schnellen und erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde und weiterer Freihandelsrunden ein.

Forderung: Das Netz von Freihandelsverträgen soll rasch weiter ausgebaut und vertieft werden.

Sie finden das ganze Aussenpolitik-Positionspapier sowie weitere Informationen auf www.fdp.ch.

Deutliches Nein zu SP- und SVP-Initiativen

Ebenfalls sehr klar – mit 204 zu 1

Stimmen – wurde die Ja-Parole für den Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative gefasst. Die Initiative selber wurde ebenso deutlich abgelehnt. Kriminelle Ausländer müssen ausgeschafft werden – jedoch nicht aufgrund eines willkürlichen und unausgewogenen Delikt kataloges, wie ihn die Initiative vorschlägt. Der Gegenentwurf ist hart aber fair: Im Gegensatz zur Initiative verstösst der Gegenvorschlag nicht gegen das Völkerrecht und gefährdet die bilateralen Verträge mit der EU nicht. Trotzdem definiert er einen klaren Delikt katalog, der eine Ausschaffung nach sich zieht. Die SVP will es

dem Parlament überlassen, alle Delikte aufzulisten. Das ist jedoch nicht realistisch, da es dazu die entsprechenden Mehrheiten, Kompromisse und Debatte benötigen wird.

Die SP-Steuerinitiative hatte die Parteipräsidentenkonferenz bereits im August einstimmig abgelehnt, auch die DV bekräftigte das Nein mit grossem Applaus. Am 28. November muss unbedingt ein Nein in die Urne gelegt werden, um Steuererhöhungen für den ganzen Mittelstand zu verhindern.

Ausschaffungsinitiative kontra Gegenentwurf

Am 28. November entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Ausschaffungsinitiative, den Gegenentwurf und über die Stichfrage. Das Kreuz bei der Stichfrage ist wichtig, denn wenn beide Vorlagen angenommen werden, muss der Bund wissen, welcher Vorlage das Stimmvolk den Vorzug gibt. In einem Streitgespräch diskutieren der Solothurner FDP-Ständerat Rolf Büttiker und der Aargauer SVP-Ständerat Maximilian Reimann über die Vorlagen ihrer Parteien.



Rolf Büttiker setzt sich für den von der FDP initiierten Gegenentwurf ein.



Maximilian Reimann vertritt die Initiative seiner SVP.

Herr Reimann, sind Sie der Meinung, dass Zugezogene, die wegen schwerer Körperverletzung verurteilt werden, nicht ausgeschafft werden sollen?

Reimann: Selbstverständlich nicht. Unser Fragekatalog ist nicht abschliessend, sondern soll im Parlament ergänzt werden. Da die Diskussion im Abstimmungskampf ergeben hat, dass der Deliktatalog tatsächlich ergänzt werden muss, wird das der Gesetzgeber machen. Wir werden Hand bieten dafür. Wir erwarten von der FDP, dass sie uns – nach geschlagener und von uns gewonnener «Schlacht» – im Parlament bei der Ergänzung unterstützt und sich nicht aus Trotz über den ver-

lorenen Abstimmungskampf unkooperativ verhält.

Büttiker: Ich sehe das etwas anders. Sonst sagt die SVP immer, man soll Klarheit schaffen. Mit der Berücksichtigung des Strafmasses im Gegenentwurf wird Klarheit geschaffen. Der Deliktatalog der SVP ist absolut unvollständig und willkürlich. Es liegt auf der Hand, dass die SVP nicht sorgfältig gearbeitet hat. Der ganze Initiativtext ist schnoddrig, unvollständig formuliert und wirft Fragezeichen auf. Dieser Pfusch soll dann das Parlament ausbaden.

Integration als Knackpunkt

Reimann: Darf ich ergänzen? Was den

Ausweisungsteil betrifft, sind wir nicht weit weg voneinander. Der Hauptgrund, warum wir den Gegenentwurf bekämpfen, ist der Integrationsartikel. Man hat diesen Artikel über die Köpfe der Kantone hinweg beschlossen. Er bringt ihnen viele Integrationsverpflichtungen, die hohe Kosten verursachen. So kann man mit den Kantonen nicht umgehen.

Büttiker: Integration ist in erster Linie eine Bringschuld, deshalb stehen wir dahinter, dass Integration in der Verfassung verankert wird. Zuerst wird also gefordert und erst dann gefördert. Das Budget für die Integration wird auch mit der Annahme des Gegenentwurfs wie bis anhin vom Par-

lament beschlossen. Das war nie anders. Übrigens stimmt auch die Behauptung der SVP nicht, dass Ausländer klagen könnten, sie seien zu wenig integriert worden. Der Integrationsartikel ist als Verfassungsauftrag formuliert und ist deshalb nicht einklagbar.

Was halten Sie von der SVP-Kampagne «Mörder bald Schweizer», in welcher unzulässige Aussagen gemacht werden, die nichts miteinander zu tun haben?

Reimann: Man muss plakativ sein im Abstimmungskampf. Zentral ist für mich dabei eher die Einreisesperre von 5 Jahren, welche die Ausschaffungsinitiative verlangt. Beim Gegenentwurf kann ein Krimineller nach kurzer Zeit

wieder in die Schweiz zurückkehren und allenfalls relativ schnell um Einbürgerung nachsuchen.

Büttiker: Dem muss ich klar widersprechen. Gerade die Einreisesperre ist ein weiterer Vorteil des Gegenentwurfs. Dieser sieht gar die unbefristete Ausweisung vor. Nun zur Kampagne. Die Kampagne vermischt erstens Integration mit Einbürgerung, was nichts miteinander zu tun hat, denn nur weil jemand integriert ist, wird er noch lange nicht eingebürgert. Die zweite unzulässige Aussage ist, dass Mörder oder Vergewaltiger bald Schweizer sein sollen. Die SVP konnte bisher keinen einzigen Fall nennen, in dem eine solche Person integriert, geschweige denn eingebürgert wurde. Integrationsmassnahmen sind dazu da, Zugewanderte präventiv zu integrieren, damit sie eben nicht kriminell werden.

Die Bilateralen Verträge sind nicht mit der Ausschaffungsinitiative vereinbar, das beweist ein unabhängiges Rechtsgutachten von Prof. Dr. iur. Jaag, Professor an der Universität Zürich. Gibt Ihnen das nicht zu denken?

Reimann: Nein, das ist meines Erachtens ein Gefälligkeitsgutachten. Ich bringe Ihnen jederzeit einen Gut-

achter, der zum gegenteiligen Ergebnis kommt. Bisherige Abstimmungen, wie die Minarett-Abstimmung hatten übrigens auch keine Konsequenzen. Und Sarkozy, der schafft sogar Rumänen aus, die an nicht einmal straffällig geworden sind.

Rechtsgutachten zeigt die Gefahr auf

Büttiker: Das stimmt nicht. Erstens wurde das Rechtsgutachten unabhängig und unentgeltlich verfasst. Zweitens wurde Sarkozy, wie bisher alle Mitgliedstaaten, von der EU zurückgepfiffen. Frankreich konnte eine EU-Klage nur durch die Vorlegung und Einhaltung eines Zeit- und Massnahmenplans für die korrekte Umsetzung der EU-Richtlinien abwenden. Die Personenfreizügigkeit ist ein Grundpfeiler der EU. Was sie bei den eigenen Mitgliedstaaten nicht toleriert, wird sie noch viel weniger bei der Schweiz dulden. Die Versuchung wird gross sein, bei der Schweiz ein Exempel zu statuieren. So könnte die EU die Personenfreizügigkeit aufkündigen, womit wegen der Guillotine Klausel alle 1999 abgeschlossenen Abkommen hinfällig würden. Der bilaterale Weg wäre am Ende. Selbst ohne Kün-

Die wichtigsten Ausschaffungs-Straftatbestände

Straftatbestände	Geltendes Recht (mit Verhältnis- mässigkeitsprüfung)	Initiativtext (ohne Verhältnis- mässigkeitsprüfung)	Gegenvorschlag (mit Verhältnis- mässigkeitsprüfung)
Mindeststrafe 1 Jahr			
Vorsätzliche Tötung / Mord	▲	▲	▲
Qualifizierter Menschenhandel	▲	▲	▲
Geiselnahme	▲		▲
Vergewaltigung	▲	▲	▲
Schwerer Verstoß geg. das Betäubungsmittelgesetz	▲	▲	▲
Effektiv verhängte Strafe			
Körperverletzung	■		□
Fahrlässige Tötung	■		□
Grobe Verkehrsregelverletzung	■	●	□
Diebstahl, Sachbeschädigung	■	●	□
Raub	■	●	□
Betrug	■		□
Erpressung	■		□
Sexuelle Handlung mit Kindern	■		□
Wirtschaftsbetrug	■		★
Betrug im Bereich der Sozialhilfe	■	●	★

▲ = Gesetzliche Mindeststrafe 1 Jahr. ■ = 1 Jahr effektiv verhängte Strafe. ● = Unabhängig von der verhängten Strafe. ● = Einbruch und Sozialhilfemissbrauch, wie im Initiativtext vorgesehen, sind keine als solche definierte Straftatbestände. □ = Effektiv verhängte Strafe mindestens 2 Jahre. ★ = Effektiv verhängte Strafe mindestens 18 Monate.

digung durch die EU wären Gegenmassnahmen in anderen Bereichen, z.B. beim Steuerstreit, zu erwarten, wie Alt-Botschafter Christian Blickenstorfer ausführt.

Vorgestern wurde das Raserurteil von Schönenwerd gefällt. Dieses hat gezeigt, dass mit dem Gegenentwurf die Mitraser ausgeschafft werden können, mit der Initiative nicht.

Reimann: Der Strafkatalog ist ein

Auftrag ans Parlament, dieses soll den Strafkatalog so ergänzen, dass er umfassend ist.

Büttiker: Genau mit dem Raserurteil sieht man den Schwachpunkt der Ausschaffungsinitiative. Mit dem Gegenentwurf kann ab 2 Jahren Gefängnisstrafe unabhängig von der Tat ausgeschafft werden. Der Gegenentwurf ist eine wirksame, pfannenfertige Lösung, die direkt angewendet werden kann.

Rechtsgutachten

Ausschaffungsinitiative gefährdet die Personenfreizügigkeit

Ein unabhängiges Rechtsgutachten von Prof. Dr. iur. Tobias Jaag der Universität Zürich beweist, dass der Initiativtext der Ausschaffungsinitiative das Freizügigkeitsabkommen verletzt. Das wäre das Ende des Bilateralen Wegs.

Auch die FDP. Die Liberalen will schwerwiegend kriminelle Ausländer ausschaffen – aber nicht so. Die Ausschaffungsinitiative ist mit der Personenfreizügigkeit nicht vereinbar. Das weiss die SVP-Führung schon lange. Sie hat immer wieder die Neuverhandlung oder Kündigung der Personenfreizügigkeit gefordert, so etwa in ihrer sogenannten Volksbefragung im Sommer 2010. Unter dem Deckmantel der Ausschaffungsinitiative greift sie die Personenfreizügigkeit nun erneut an.

Die Ausschaffungsinitiative verstösst klar gegen das Freizügigkeitsabkommen. Automatische Ausschaffungen sind nicht erlaubt – das hat erst kürzlich Frankreich erfahren müssen. Was die EU bei den eigenen Mitgliedstaaten nicht toleriert, wird sie noch viel weniger bei der Schweiz dulden. Denn die Personenfreizügigkeit ist ein Grundpfeiler der EU. Die Versuchung wird gross sein, bei der Schweiz ein Exempel zu statuieren. So könnte die EU die Personenfreizügigkeit kündigen, womit wegen

der Guillotine Klausel alle 1999 abgeschlossenen Abkommen hinfällig würden. Der Bilaterale Weg wäre am Ende. Selbst ohne Kündigung durch die EU wären Gegenmassnahmen in anderen Bereichen, z.B. beim Steuerstreit, zu erwarten. Die wichtigsten Gründe für das JA zum Gegenentwurf kurz zusammengefasst:

■ **Hart:** Der Gegenentwurf schafft eine harte, einheitliche Ausschaffungspraxis. Der Deliktatalog ist detaillierter als jener der Initiative und erfasst alle schweren Straftaten.

■ **Fair:** Die Ausschaffung ist nicht nur vom Delikt, sondern von der Schwere der Tat abhängig. Damit sind willkürliche Urteile ausgeschlossen. Der Gegenentwurf respektiert somit rechtsstaatliche Prinzipien, Verfassung und Völkerrecht wie namentlich die Personenfreizügigkeit.

Darum: Wer für die Bilateralen ist, ist gegen die Ausschaffungsinitiative und für den Gegenentwurf von Parlament und Bundesrat am 28. November!

Für eine massvolle Ausgabenentwicklung

Die Schweiz steht heute bezüglich ihrer Staatsverschuldung im internationalen Vergleich gut da. Diesem Standortvorteil ist aber Sorge zu tragen. Budgetregeln und Schuldenbremse müssen darum eingehalten werden.

Markus Hutter, Nationalrat ZH

Die Aussichten für das Jahr 2011 sind wesentlich besser als noch vor einem Jahr angenommen. Das im Voranschlag ausgewiesene Defizit im ordentlichen Haushalt von 600 Mio. ist rund 3,5 Mrd. kleiner als vorgesehen und erfüllt die Vorgaben der Schuldenbremse. Schlechter steht hingegen der ausserordentliche Haushalt da. Mit einer erneuten Einmaleinlage in den Infrastrukturfonds von 850 Mio. sowie einem Sanierungsbeitrag zur SBB-Pensionskasse von 1,1 Mrd. enthält der Voranschlag 2011 ausserordentliche Ausgaben von 2 Mrd., sodass 2011 insgesamt mit einem Defizit von 2,6 Mrd. Franken gerechnet werden muss.

Finanzplan 2012–2014: Kein Grund zur Entwarnung

Das für 2011 budgetierte ordentliche

Finanzierungsergebnis verletzt die Schuldenbremse zwar noch nicht, jedoch besteht für den Bund kein Grund zur Entwarnung: Trotz Sparmassnahmen drohen zwischen 2012 und 2014 strukturelle Defizite zwischen 400 und 600 Mio. Franken pro Jahr. Dies vor allem wegen des Entscheids des Parlaments, den Anteil der Entwicklungshilfe am BIP auf 0,5 Prozent zu erhöhen.

Zudem werden bisher noch nicht berücksichtigte Mehrbelastungen hinzukommen. Stichworte sind hier etwa die Revision der Mehrwertsteuer, USR III, angemeldeter Mehrbedarf der Armee und Investitionen in Schienen- und Strasseninfrastruktur. Die kürzlich bekanntgegebene Hochrechnung 2010, welche anstelle des budgetierten Defizits von 2 Milliarden Franken mit einem Überschuss von 1,4 Milliarden rechnet, ändert nichts an der Aus-

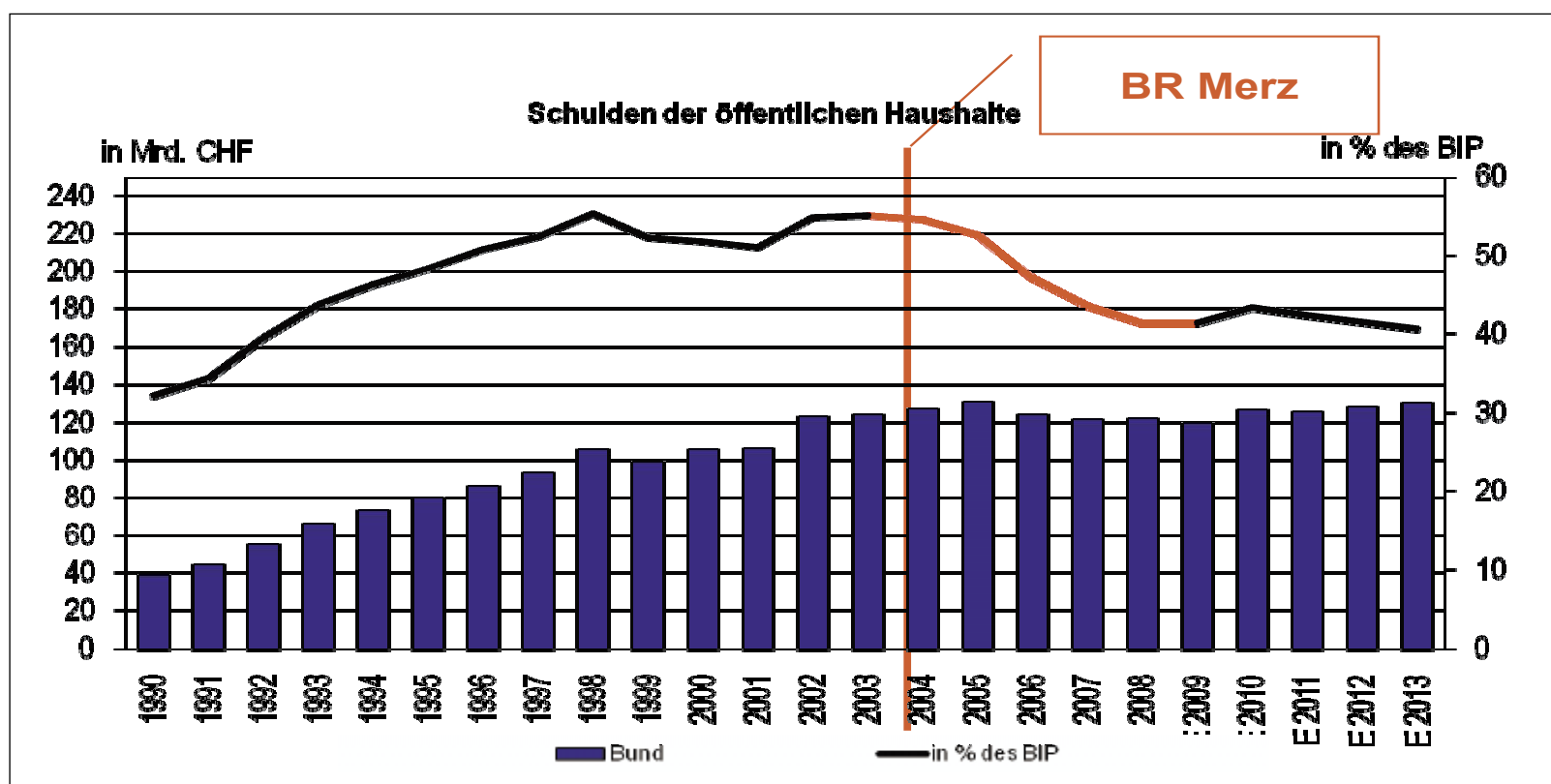
gangslage. Die positive Entwicklung des Staatshaushalts wurde bei der Erarbeitung von Voranschlag 2011 und Finanzplan 2012–14 bereits weitgehend berücksichtigt.

Aus diesen Gründen fordert die FDP erstens zusätzliche Einsparungen. Wir wollen zweitens, dass das Konsolidierungsprogramm 2011–2013 wie ursprünglich vorgesehen umgesetzt wird. Drittens verlangen wir Nachbesserungen bei der Aufgabenüberprüfung. Die FDP-Liberale Fraktion hat bereits in der Wintersession 2009 in einer Motion das Vortreiben der Aufgabenüberprüfung verlangt und gefordert, dass diese eine Verzichtsplanning im Umfang von mindestens 2,5 Mrd. enthält. Bei der vom Bundesrat vorgelegten Aufgabenüberprüfung entfällt das Gros der Einsparungen auf Leistungsreduktionen, Aufgabenverzicht werden lediglich

im Umfang von ca. 500 Mio. Franken vorgenommen.

Konsistente und glaubwürdige Finanzpolitik wichtig

Gesunde Staatsfinanzen sind ein Kernanliegen der *FDP.Die Liberalen*. Denn eine hohe Staatsverschuldung schränkt die Handlungsmöglichkeiten des Staates ein und beeinträchtigt die wirtschaftliche Entwicklung. Die Schweiz steht heute bezüglich ihrer Staatsverschuldung im internationalen Vergleich gut da, und diesem Standortvorteil ist Sorge zu tragen. Die gute Positionierung der Schweiz ist kein Zufall. Das Einhalten von Budgetregeln und die Schuldenbremse, welche auf eine massvolle Ausgabenentwicklung angelegt ist, machen sich bezahlt. Die Vorgaben müssen auf jeden Fall eingehalten werden!



Leserumfrage

Mit dem Freisinn insgesamt sehr zufrieden

An dieser Stelle riefen wir Sie in der letzten Umfrage auf, uns Ihre Meinung zu sagen. Über 200 von Ihnen sind diesem Aufruf gefolgt. Nun präsentieren wir gerne die Resultate – und den Gewinner eines Luxus-Autos für ein Wochenende.

Der rege Rücklauf der Befragung hat uns gefreut, und es hat sich gezeigt, dass die Zufriedenheit mit der Zeitung gross ist. Über 90 Prozent gefällt der Freisinn insgesamt. Auch mit der optischen Gestaltung kann sich die grosse Mehrheit von Ihnen identifizieren, nämlich finden sie rund zwei Drittel sehr gut oder eher gut. Fast alle Leserinnen und Leser finden den Umfang der Zeitung angemessen und sind auch mit dem Verhältnis zwischen Text und Bildern zufrieden.

Eine überwältigende Mehrheit von 84 Prozent möchte das Format bei einer Zeitung belassen und nicht zu einem Magazin wechseln. Vor allen Kostenüberlegungen und ökologische Bedenken scheinen diese Mehrheit gebildet zu haben.

Bei Frage 5 wollten wir wissen, welche Rubrik Sie interessant finden

– und welche nicht. Klar am interessantesten bewerten Sie die nationalen Sachgeschäfte: Fast zwei Drittel finden diese Artikel sehr interessant, weitere fast 40 Prozent eher interessant. Ebenfalls grosser Beliebtheit erfreuen sich Porträts von Unternehmern und Politikern. Auch der Kantonalteil wird mit Vorliebe gelesen. An der Mix-Seite und an Reiseberichten scheiden sich die Geister, etwa die Hälfte könnte darauf verzichten. Wir nehmen diese Rückmeldung als Ansporn, diese Seiten noch besser zu gestalten.

Mehr lesen möchten Sie vor allem über kantonale Themen sowie über Strategien. Zudem möchten Sie den Freisinn mehr zur Mitgliederwerbung nutzen. Schliesslich wünschen Sie mehr lokale und regionale Erfolgsgeschichten. Hier sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen: Senden Sie solche Ge-

schichten und Bericht direkt an Ihre Kantonalpartei oder an die Redaktion des Schweizer Freisinns.

Die Redaktion vom Schweizer Freisinn möchte sich bei Ihnen für die Teilnahme bedanken. Wir sind ständig bemüht, die Qualität zu verbessern – Ihre Rückmeldungen sind daher zu jedem Zeitpunkt willkommen. Schreiben Sie uns an info@fdp.ch, wenn Sie Anregungen haben.

René Bachmann ist der Gewinner des Wettbewerbs. Er wurde am 1. November aus über 200 Leserinnen und Lesern gezogen und kontaktiert. Er erhält die Möglichkeit, ein Luxus-Auto von Hutter Dynamics für ein ganzes Wochenende zu fahren. Herzliche Gratulation und viel Spass!

Kolumne

Listenplatz kaufen: Eine Medienente!



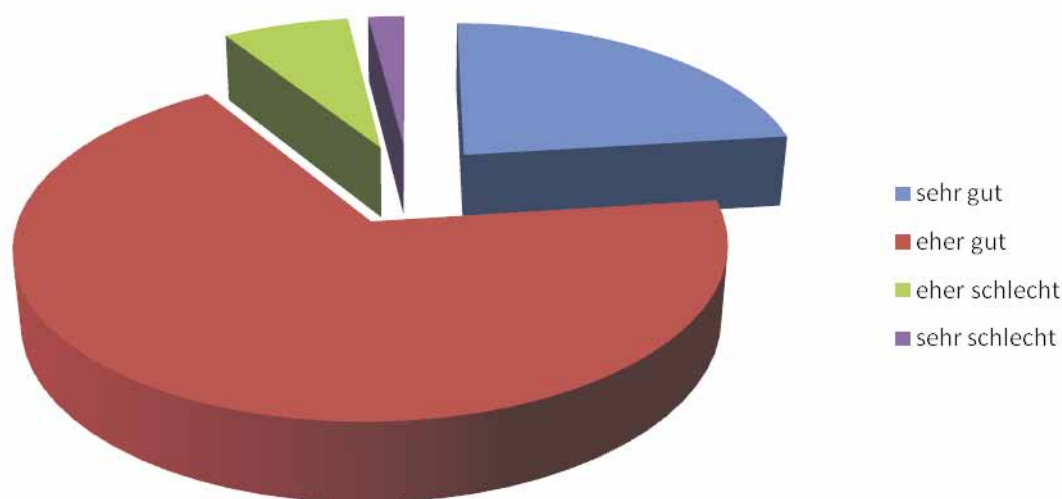
Eine Zeitung springt darauf: Offenbar kann man bei der FDP im Kanton Zürich einen guten Listenplatz erkaufen! Und alle anderen Medien folgen der Geschichte. Landauf und landab wird spekuliert, debattiert und vermutet. Wer aber tatsächlich politische Arbeit leistet und mit den Gepflogenheiten und dem Funktionieren der Politik vertraut ist, weiss, dass dies – auf gut Deutsch – Blödsinn ist.

Diese Diskussion ist ebenso unfruchtbar wie falsch. Listenplätze werden nach Wahlchancen vergeben. Dass die auf den Listenplatz gesetzte Person anschliessend einen Beitrag an den übergeordneten Listenwahlkampf (es sind ja schliesslich Proporzwahlen) bezahlen muss und dies in grossen Kantonen durchaus ein grösserer Betrag sein kann, ist eine Selbstverständlichkeit und schon gar nicht neu. Tatsache ist aber auch, dass es erfahrungsgemäss am einfachsten ist, Spenden für einen Wahlkampf zu finden. Auf jeden Fall viel einfacher, als für den Betrieb einer Partei oder für eine Abstimmung. So kann auch ein nicht finanzstarker Kandidat über Wahlspenden den Wahlkampf finanzieren. Es ist demnach egal, ob jemand Verkäuferin oder Anwältin ist, wichtig ist der persönliche Einsatz.

Solche Zeitungsenten helfen nicht. Im Gegenteil: Es werden immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit sein, sich für unser auf Freiwilligkeit basierendes Politsystem einzusetzen. Dies ist keine Wertung der Arbeit der Medien, sondern eine Feststellung.

Vincenzo Pedrazzini,
Vizepräsident und Wahlkampfleiter

Wie beurteilen Sie den Freisinn insgesamt?



91 Prozent der Leserinnen und Leser sind mit dem Freisinn insgesamt sehr oder eher zufrieden.



*Schon gut, dass man immer mehr
zu die Umwelt denkt.*

Claudia Graber, Axpo Mitarbeiterin



Stimmt. Als Schweizer Unternehmen im Besitz der Kantone liegt uns die Natur am Herzen. Mit der Produktion von nahezu CO₂-freiem Strom tragen wir in der Schweiz aktiv zum Klimaschutz bei.

Mehr dazu und zu den Umweltdeklarationen von Axpo unter www.axpo.ch/energiedialog